Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407

Nr. 261 | Bezugspreis: Monatlich 1.75 Mk. frei Haus. Bei Abholung 1.60 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 5.25 Mk., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 15 Pfennig. | Halle, Mittwoch, den 12. November 1919 | Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Millimeter-Zeile 30 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 60 Pfennig — Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr. — | 3. Jahrgang.

Die deutsche Not.

Unter der Ueberschrift „Ausverkauf" schreibt der „Vorwärts": Sobald die deutsche Mark die Grenzen des Reiches verläßt und in glücklicheres Neutralien oder in ein Land der Entente kommt, gilt sie nur noch zwölf Pfennige. Erst in den letzten Tagen wieder hat sie einen unerhörten Kurssturz durchgemacht. So zahlte man vorgestern in Kopenhagen für 100 Mark 13 Kronen anstatt 88,80 Kronen in Friedenszeiten, in Zürich 15 Franken anstatt 123,45; in Holland 7,20 Gulden anstatt 20,25. Wollte man in Berlin ausländische Geldsorten erstehen, so müßte man für 100 Gulden 1400 Mk., für 100 Franken 675 Mk., für 100 dänische Kronen 770 Mk. aufwenden. Die Kurse haben sich inzwischen nicht wesentlich verbessert. Da wir für die eingeführten Waren fast durchgängig in ausländischer Währung bezahlen, kann sich jeder berechnen, daß wir für Einfuhrware mehr als das achtfache des Friedenspreises anlegen müssen, ungerechnet die Preiserhöhung, die durch die internationale Warenförderung entstanden ist.

Das Sinken der Valuta ist bekanntlich nicht mehr jungen Datums. Schon während des Krieges fiel die deutsche Mark mit einigen Unterbrechungen. Nach dem Waffenstillstand aber sank sie fast unausgesetzt, und das läßt sich als Folge der

Geldentwertung in Deutschland,

die wir ja bei jedem Einkauf wahrnehmen können, bis zu einem gewissen Grade erklären. Solange man in Deutschland für 100 Mk. ebensoviel kaufen konnte, wie beispielsweise in der Schweiz für 82 Franken, mußte die Mark notgedrungen in der Schweiz um ein Drittel niedriger berechnet werden als der Franken und andererseits mußte der Franken entsprechend seiner höheren Kaufkraft in Deutschland um ein Drittel teurer bezahlt werden, als das nach dem Nominalkurse der Fall gewesen wäre. Jetzt steht aber die deutsche Valuta unter ein Achtel gegenüber allen neutralen Ländern. Das entspricht dem inneren Werte der Mark keineswegs. Man kann in Holland für 100 Gulden kaum ein Drittel bis ein Viertel so viel einkaufen, wie für die entsprechende Summe deutschen Geldes, nämlich 1400 Mk. in Deutschland zu haben ist. Der innere Wert der deutschen Valuta ist also etwa 3—4mal so hoch als ihr heutiger Marktwert. So ist Deutschland der Ramschmarkt für die ganze Welt geworden. Der Amerikaner, der mit 20 Dollar nach Berlin kommt, erhält beim Umwechseln dafür mehr als 700 Mk. Waren, die dem Deutschen unerschwinglich scheinen, sind ihm lächerlich billig. Schleichhandelspreise für die kostbarsten Luxusgüter sind ihm Trinkgelder. Die furchtbaren Folgen, die die natürliche Entwertung der Mark für das deutsche Wirtschaftsleben schon gehabt hat, lassen sich gar nicht übersehen. Deutschland ist der Tummelplatz für jeden Schieber, der trotz Warennot und Produktionstiefstand vermöge der hohen Kaufkraft des ausländischen Geldes Waren an sich bringen kann und zum vielfachen Preise ins Ausland absetzt.

Geht man den Gründen der unnatürlichen Entwertung des Geldes nach, so findet man in der bürgerlichen Presse meistens alle die Gründe zitiert, die am wenigsten den Kern der Sache berühren. Den Kapitalisten, denen die Steuerflucht ein vorteilhaftes Geschäft und die

Kapitalverschiebung

ein Zeichen hervorragender Klugheit ist, genügt es durchaus, wenn sie mit Achselzucken auf die deutsche Wirtschaftskrise verweisen können, oder auf die deutsche „dilettantische" Finanzpolitik, die das Vertrauen des Auslandes Deutschland gegenüber untergrabe. Dann ist noch das Loch im Westen, das nach den Wünschen deutscher Frethändler möglichst auf alle Grenzen ausgedehnt werden soll und dazu alle die Scheinbeweise, die vertuschen sollen, daß nationales und internationales Kapital sich zusammengetan haben, um sich Aasgeiern gleich an dem toten deutschen Wirtschaftskörper zu mästen.

Wie ist es in Wirklichkeit? Kürzlich waren am Berliner Devisenmarkt nicht genügend ausländische Devisen vorhanden, um die Nachfrage zu befriedigen. Nun ist es richtig, daß Deutschland fortgesetzt mehr Waren einführt, als es ausführen kann. Werden aber die Möglichkeiten, ausländische Geldsorten für die deutsche Volkswirtschaft zu erhalten, ausgenutzt? Fortgesetzt beschwert sich das Ausland darüber, daß das an Warenmangel leidende Deutschland seine Ausfuhrartikel zu Schleuderpreisen auf den Weltmarkt wirft. Zum Schaden der deutschen Valuta verkauft der deutsche Bettler am Weltmarkt seine Lumpen auch unter dem Preis, den er dafür erzielen kann. Das deutsche Kapital ist fahnenflüchtig geworden. Zahlreiche Fälle kommen vor, wo deutsche Verkäufer sich ihre Waren überhaupt nicht nach Deutschland bezahlen lassen, sondern sich im Ausland Guthaben anlegen, die dann keiner Steuer unterliegen. Sonst müßten bei dem steigenden Wert der deutschen Ausfuhr doch immer Devisen vorhanden sein. Nun kauft man aber auch für die erworbenen fremden Guthaben keine neuen Waren ein, sondern man besorgt diese auf Grund irgendwelcher Kredite. Gelingt das nicht, so wird lieber gar nicht mehr eingeführt. In einzelnen Fällen ist Leder ins Ausland verkauft worden, obwohl nach dem damaligen Stand der Valuta der Inlandpreis höher war als der im Ausland verdiente Erlös. Es kam also den Händlern gar nicht darauf an, zu einem möglichst hohen Preis zu verkaufen, sondern vielmehr darauf, ihr Kapital im Ausland in Sicherheit zu bringen; ist davon genug draußen,

so läuft der Kapitalist seinem Judaslohn nach.

Das aber ist der wahre Grund, warum im Ausland das Angebot an deutschem Geld so wahnsinnig die Nachfrage übersteigt, daß die Valuta selbst unter ihrem inneren Wert sinkt. Um eigenen Vorteils willen bestehlen einige Tausend Schieber und Kapitalisten das Volk, treiben Mundraub, indem sie die Preise für Einfuhrlebensmittel durch den Druck auf die Valuta in die Höhe jagen. Die Tendenz, erworbenes Kapital in ausländischer Währung unterzubringen, läßt sich schon seit Monaten an den deutschen Börsen beobachten, ohne daß irgendwelche Gegenmaßnahmen getroffen wäre. Mit verschrankten Armen sah man zu, wie Auslandsaktien, Kolonialpapiere, Petroleumwerte usw. schwindelhaft im Preise stiegen, weil sie für jeden Kapitalschieber ein gefundenes Fressen waren. Schiffer, Dernburg und Erzberger können in gleicher Weise den Kuppelpelz für diese zarte Verbindung deutschen Kapitals mit ausländischem für sich in Anspruch nehmen.

Man redet immer davon, daß das Mißtrauen in die deutsche Wirtschaft die Valuta so tief heruntergedrückt habe. Nachdem die deutsche Valuta unter ihren inneren Wert gesunken ist, ist das nicht mehr stichhaltig. Tatsächlich weist die deutsche Wirtschaftslage Anzeichen einer nachhaltigen Erholung auf. Tarifabschlüsse im Ruhrkohlenbergbau und in Sachsen zeigen, daß auch die Arbeiterschaft die Notwendigkeit erhöhter Arbeitsleistung einsieht. Seit einiger Zeit erhöhen viele Aktiengesellschaften ihr Betriebskapital, um ihre Produkte zu steigern. Es wäre doch ein Wunder, wenn das aufmerksame Ausland

diese Zeichen einer Belebung

der deutschen Volkswirtschaft nicht sähe. Zwar gibt es in Deutschland noch genug berufsmäßige Mießmacher, die die Tatsachen auf den Kopf stellen wollen. Merkwürdiger- oder vielmehr selbstverständlicherweise finden sie sich gerade in den Kreisen, die das alte Regime nicht genug loben können und die ein Interesse daran haben, die deutsche Republik in allen ihren politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen als unfähig hinzustellen. Meistens sind es auch solche Zeitungen, hinter denen Exporteure stehen, die von dem Tiefstand der deutschen Valuta nur profitieren können.

Welch verheerender Schaden aus der fortgesetzten Mießmacherei der deutschen Valuta entsteht, ist gar nicht abzusehen. Man stelle sich einmal vor, daß man in der Schweiz 100 Mark deutscher Kriegsanleihe heute für 10 Mark kaufen kann. Allerdings bringen sie bei dem heutigen Stand der Valuta nur 75 Centimes Zinsen. Da aber die Entente früher oder später einsehen muß, daß ihre Sabotierung der Kaufkraft deutschen Geldes nicht in alle Ewigkeit fortgesetzt kann, daß sie sich früher oder später zu Rohstoffkrediten entschließen und so der deutschen Wirtschaft aufhelfen muß, gibt es heute für den Ausländer keine bessere Kapitalanlage als deutsche festverzinsliche Papiere. Sobald einmal die Valuta steigt, wächst für den ausländischen Besitzer deutscher Werte der Zinsertrag. So würden die erwähnten 100 Mk. Kriegsanleihe dem Schweizer, der sie heute für 10 Mk. kauft, bei Gleichstand 50 Prozent Zinsen bringen. Die deutsche Regierung hat unausgesetzt erklärt, daß sie nicht daran denke, die Kriegsanleihen zu annullieren. Wenn das Ausland ihr nicht glaubt, so ist daran

außer der Mießmacherei der deutschen „Patrioten"

die unentschiedene Haltung der Entente schuld, die uns im Friedensvertrag mit unerhörten Lasten bedacht hat, ohne zu sagen, ob sie wirklich beabsichtigt, in deutsche Finanzrechte einzugreifen. Eine Ausfuhr festverzinslicher Wertpapiere würde unsere Zahlungsbilanz erheblich verbessern, was um so wichtiger ist, als unsere Handelsbilanz zu ihrer Erholung noch längerer Zeit bedarf. Der hohe Einfuhrüberschuß von heute wird erst dann durch einen verstärkten Export ausgeglichen werden können, wenn die deutsche Produktion an Fertigfabrikaten und Qualitätswaren ganz wesentlich gestiegen ist.

Früher oder später müssen wir aber auch zu einer strafferen Ausfuhrpolitik kommen. Dem Verschleudern deutscher Waren ins Ausland muß auf irgendeine Weise ein Ziel gesetzt werden. Die wesentliche Voraussetzung für eine Außenhandelspolitik aber ist die Wiedergewinnung sicherer Grenzen. Die Entente darf es fernerhin nicht zulassen, daß wir mit Milliardenwerten unnützer Einfuhr unsere Kaufkraft gefährden. Wie ungeheuer darin gewüstet worden ist, beweisen nunmehr vorliegende zuverlässige Schätzungen: im Westen wurden bis Anfang Oktober ungefähr für 17 bis 18 Milliarden Mark Waren eingeführt, wovon höchstens der vierte Teil Lebensmittel und Rohstoffe waren. Allein an englischen und amerikanischen Zigaretten wurden für fast 4 Milliarden Mark eingeführt. Zu derselben Zeit, wo die deutschen Ernährungsbehörden große Mühe hatten, für 40 bis 50 Millionen Devisen zu beschaffen, um die nötigste Fettversorgung für ein hungerndes Volk sicherzustellen, wanderten für viele hundert Millionen französische Parfümerien, Luxusseifen, Modeartikel und Kokottenland unter Billigung und Förderung der Entente in Deutschland ein und

verschlechterten die Kaufkraft unseres Geldes.

Das kann unmöglich so fortgehen. Die Entente muß begreifen lernen, daß sie mit dieser Duldung nur das deutsche und das internationale Schiebertum auf Kosten der deutschen Wirtschaftskraft fördert. Will man von uns die Wiedergutmachungsleistung erfüllt sehen, so darf sie nicht unsere Zahlkraft vernichten helfen und das Land dem Ruin entgegentreiben.

Aber auch das wird nur dann von nachhaltigem Erfolg sein, wenn wir innerhalb der deutschen Grenzen dem Schiebertum mit allem Nachdruck entgegentreten.

Die Kriegsgefangenen aus Frankreich.

Berlin, 12. November. Die Franzosen haben, wie verschiedene Blätter berichten, mit dem Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen begonnen. Ein erster Zug mit solchen lief gestern Mittag in Essen ein. Inzwischen sei, so wird weiter berichtet, von Paris aus plötzlich der Befehl ergangen, den weiteren Abtransport einzustellen. Etwa zehn Transporte, die sich noch auf französischem Boden befanden, seien angehalten und zurückgeleitet. Welche Vorgänge diese Maßnahme veranlaßt hätten, lasse sich noch nicht ermitteln.

Heimkehr aus Uebersee.

WTB. Berlin, 11. Nov. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Dampfer „Lothar Bohlen", der nach den Azoren gefahren war, um alle dort internierten Deutschen abzuholen, ist heute mit einem Transport von 506 Männern, 28 Frauen und 24 Kindern in Hamburg eingetroffen. Unter dem Transport befinden sich auch Deutsche, die in Lissabon an Bord genommen worden sind.

Der amerikanische Bergarbeiterstreik beendet.

WTB. Indianapolis, 11. Nov. (Drahtnachricht.) Reuter. Der Allgemeine Ausschuß der Bergarbeiter hat nach mehr als 17stündiger Beratung beschlossen, in Ausführung der vom Gericht gegebenen Anweisung den Streik der Arbeiter in den Braunkohlenwerken für beendet zu erklären.

Auch nach dem 15. November Verkehrsbeschränkungen.

Berlin, 12. November. Minister Dr. Bell erklärte einem Mitarbeiter des „Vol.-Anz., man werde auch nach dem 15. November die einschneidensten Verkehrsbeschränkungen aufrecht erhalten müssen auf vorläufig noch nicht absehbare Zeit. Nur der allernotwendigste Personenverkehr werde freigegeben werden. Auch der Weihnachtsverkehr dürfte unter diesem Zeichen stehen.

Belgisch-holländischer Zwischenfall. In Bresken wurde einem belgischen Fischer von Holländern die belgische Flagge heruntergerissen. Die belgische Regierung will Entschädigung und feierliche Wiedergutmachung verlangen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191112-11/fragment/page=0001

Die Schuld am Zusammenbruch.

Angesichts der Sudeleien und Gemeinheiten, die von den Reaktionären ungestraft am Jahrestage der Revolution verbreitet werden durften, und deren höchste die Behauptung ist, die Revolution und ihre Trägerin, die Sozialdemokratie, seien am Zusammenbruche schuld, ist es Pflicht, auf die Feststellungen hinzuweisen, die Genosse Dr. David auf der Abendfeier der S. P. D. im Kleinen Schauspielhaus am Sonntag gemacht hat.

Er wies darauf hin, daß nach den letzten Feststellungen das deutsche Volk in der U-Boot-Frage und hinsichtlich der Verhandlungen mit Wilson hinters Licht geführt wurde. Während man Wilson gegenüber den plumpen Versuch machte, ihn zu betrügen, hat man dem deutschen Volke die Schwere des U-Boot-Entschlusses verschwiegen und den Eintritt Amerikas in den Krieg in seiner militärischen Bedeutung als Null-Komma-Null bezeichnet, obwohl man wissen mußte, daß der Eintritt Amerikas in den Krieg den Zusammenbruch besiegele. In Brest-Litowsk hat man Rußland zu einem Frieden gezwungen, der die Fortsetzung des Krieges bedeutete. Die sogenannte Kaiserschlacht im Westen war ein strategischer Wahnsinn. Plötzlich standen die Reserven der Entente da, von denen die Oberste Heeresleitung immer versichert hatte, daß sie gar nicht vorhanden seien. In Saloniki hat die Oberste Heeresleitung den schwersten Fehler begangen, indem sie diesen Punkt nicht durch Truppen deckte. Sie trieb Abenteurerpolitik in der ganzen Welt und vermochte daher den Bulgaren nicht zu Hilfe zu eilen. Daher konnten die Engländer, wie Lloyd George sagte, in Saloniki mit einem Fußtritt die Türe aufbrechen. Darauf mußte der Zusammenbruch der Oesterreicher folgen. Eine feindliche Front vom Bodensee bis zur schlesischen Grenze konnte das Werk von Wochen oder gar Tagen sein. Im Oktober standen nahezu zwei Millionen Amerikaner im Westen.

Jetzt kam der Notschrei Ludendorffs, der Waffenstillstand binnen 36 Stunden forderte. Die Oberste Heeresleitung wollte nicht einmal die Bildung einer parlamentarischen Regierung abwarten, sondern bestand auf dem sofortigen Waffenstillstand, der nötigenfalls noch durch die alte Heerlingregierung zu erfolgen habe.

Wenn also die Reaktionäre behaupten, die Revolution sei an der Niederlage schuld, so ist das eine bewußte Unwahrheit!

Die bürgerliche Presse und die Schuld an der Katastrophe.

Die gesamte bürgerliche Presse behandelt den Gedenktag der deutschen Revolution recht ungnädig. Das „Berliner Tageblatt" macht hiervon eine Ausnahme. Es schreibt: Die militärische Katastrophe war die Voraussetzung der Revolution. Die Revolution hat sie weder verschuldet noch vergrößert. Das steht nach den vorliegenden militärischen Dokumenten fest. Gewiß trägt die Revolution die Schuld an der Verwüstung großer materieller und ideeller Güter, aber die entscheidende Frage ist die: wer trägt die Schuld an der Revolution? Die Kommunisten und die Unabhängigen haben sie gewollt, aber sie haben sie nicht gemacht und nicht verschuldet. Die paar tausend Gewehre, die der „Volksbeauftragte Emil Barth angekauft, zum Teil sogar bezahlt hatte, spielen historisch eine ebenso geringfügige Rolle, wie die Verschwörungen, von denen Ludebour wieder und wieder selbstgefällig berichtete. Der große Hasser der Revolutionen, Goethe, hat einmal ausgesprochen, daß eine große Revolution nie Schuld des Volkes, sondern der Regierung ist. „Revolutionen", sagt er, „sind ganz unmöglich, sobald die Regierungen fortwährend gerecht und fortwährend wach sind, so daß sie ihnen durch zeitgemäße Verbesserungen entgegenkommen und sich nicht so lange sträuben, bis das Notwendige von unter her erzwungen wird."

Die interalliierte Kommission im Baltikum.

Berlin, 12. Nov. Die gestern nach dem Baltikum abgereiste interalliierte Militärkommission wird von einer Anzahl deutscher Offiziere unter Führung des Admirals Hoppmann begleitet. Ein bestimmter Arbeitsplan der Kommission ist, wie die „D. Allgem. Ztg." schreibt, bisher nicht aufgestellt, sondern soll erst an Ort und Stelle vereinbart werden.

Die Sperre in der Ostsee.

WTB. Berlin, 11. Nov. Zu der Bekanntmachung vom 8. November über die Ostseesperre wird amtlich ergänzend gemeldet: 1. Die Ostseesperre besteht noch fort, so daß sich also deutsche Schiffe, die den Bestimmungen zuwiderhandeln, der Fortnahme der alliierten Seestreitkräfte aussetzen. 2. Nur diejenigen Leichter, die bei Ist vor dem 10. Oktober im Besitze von generellen Fahrtausweisen waren, dürfen ohne ausdrückliche Fahrterlaubnis der alliierten Marine-Waffenstillstandskommission für jede einzelne Reise außerhalb der Drei-Meilen-Grenze zwischen deutschen Häfen verkehren.

Die Kohlenabfuhr aus dem Ruhrrevier.

WTB. Essen, 11. Nov. (Drahtnachricht.) Der Eisenbahnverkehr hat sich seit Beginn der Personenverkehrssperre in der vorigen Woche bedeutend gebessert. Gegen Schluß der Woche fehlten nur noch 100 Wagen täglich. Infolgedessen konnten zeitweilig die erforderlichen Anordnungen zum Abtransport von Haldenbeständen getroffen werden. Die Besserung der Verkehrslage kann bisher nicht im gewünschten Umfange zur Geltung kommen, weil der Wasserstand des Rheins sich noch nicht wesentlich gebessert hat.

Erhöhung der Kohlenzuweisungen an die Eisenbahnen.

An den Kohlenkommissar in Essen (Ruhr) ist folgende Weisung ergangen: Den rigorosen Einschränkungsmaßnahmen der Eisenbahnverwaltung muß unter allen Umständen schleunige Erhöhung der Dienstkohlenbestände folgen. Ich ordne deshalb an, daß mit sofortiger Wirkung das arbeitstägliche Soll der preußischen Staatsbahn von 21 000 auf 27 000 Tonnen erhöht wird und volle Lieferung sofort einsetzt. Die anderen Bahnen sind entsprechend zu belisten. Hinter der Lieferung von Eisenbahndienstkohlen habe mit Ausnahme von Ententekohlen, Strecken- und Hafenlieferungen nach Süddeutschland und Bunkerkohlen alle andere Lieferung zurückzutreten, auch der Selbstverbrauch der Hüttenzechen. Ich erwarte, daß der verfügbare Rest so verteilt wird, daß schwerste Schäden nach Möglichkeit vermieden werden, übernehme aber im übrigen meinerseits volle Verantwortung für meine Anordnung.

Stutz, Reichskohlenkommissar.

Gemeindewahl und Volksabstimmung in Oberschlesien.

Das Ergebnis der Gemeindewahlen in Oberschlesien ist wegen der Volksabstimmung, die allerdings erst in einiger Zeit stattfinden wird, von Wichtigkeit. Die Wahlziffern beweisen, daß die Bevölkerung der Städte in gewaltiger Mehrheit deutsch ist, also auch jedenfalls für Deutschland entscheiden wird, während die Wähler in den Landorten eine polnische Mehrheit aufweisen. Nach dem Friedensdiktat von Versailles ist bei der Volksabstimmung das Ergebnis gemeindeweise festzustellen. Jedoch hängt davon allein die Staatszugehörigkeit der Gemeinden nicht ab, sondern es ist das gemeindeweise Abstimmungsergebnis nur eine der Grundlagen, auf der die Entscheidung der interalliierten Kommission beruht. Sie soll außerdem bei der Festlegung der Grenzlinie die geographische und wirtschaftliche Lage der Ortschaften berücksichtigen.

Wenn also auch die Städte, die in polnischer Umgebung liegen, noch so große Mehrheiten für das Verbleiben bei Deutschland ergeben, so soll die Willenskundgebung der Bevölkerung zwar berücksichtigt werden, aber gebunden ist die interalliierte Kommission keineswegs daran. Durch die gemeindeweise Feststellung des Ergebnisses wird auch verhindert, daß etwa die großen absoluten Zahlen der städtischen Ergebnisse die polnischen Mehrheiten in den Landorten ausgleichen oder gar überwiegen könnten. Wenn Oberschlesien bei Deutschland bleiben oder wenigstens die künftige Grenzlinie einen Teil davon noch bei Deutschland belassen soll, so muß alles geschehen, damit auch in den Landorten keine Stimme der deutschen Sache verloren geht.

Das Gesamtresultat der oberschlesischen Gemeinderatswahlen (Stadtverordneten) läßt sich dahin zusammenfassen, daß Zentrum und Mehrheitssozialisten große Stimmenverluste zu verzeichnen haben, dagegen die Polen überall mit Stimmenzuwachs rechnen können, besonders in den Landgemeinden. Die Wahlbeteiligung betrug zumeist 60 Prozent, selten darüber.

Wer ist schuld an Jaurès Tod?

In ihrem Trauerartikel für Hugo Haase hält die „Freiheit" ihre Behauptung aufrecht, daß Haase ein Opfer der Reaktion geworden sei. Sie schreibt:

Wie Jean Jaurès wurde auch Haase von der Hand eines geistig Blinden vertilgt gemordet. Doch hier wie dort steht die Reaktion, die sich ihre Opfer unter den beiannteisten Führern des Proletariats aussucht, als Hauptschuldige hinter dem Verbrechen.

Raoul Villain, der Jaurès niederschoß, handelte aus offenkundigen politischen Motiven. Im Augenblick des Kriegsausbruchs wollte er den Mann beseitigen, in dem sein beschränkter Verstand ein Hindernis der Landesverteidigung sah. Eine Ansicht, die sich ohne weiteres als Produkt der reaktionären Sozialistenhetze darstellt.

Wer aber war der Mörder Hugo Haases? Ein radikaler Unabhängiger, der bekannt hat, dieser Partei am nächsten zu stehen und der in Gewerkschaftsversammlungen konsequent für die Rätediktatur eingetreten ist. Gewiß, auch er ist geistig minderwertig, aber seine Psyche ist nicht im geringsten von den Schlagworten der Reaktion, sondern ganz allein von den blutigen Phrasen der Radikalen und Radikalsten beeinflußt worden. Bei einem Mann, der ganz im Banne der linksradikalen Schlagworte stand, ist die Annahme unsinnig, daß die Ermordung Liebknechts oder Rosa Luxemburgs oder Kurt Eisners auf ihn als Vorbild gewirkt habe.

Alles spricht vielmehr dafür, daß seine gewalttätigen Instinkte durch den fortwährenden Appell seiner Gesinnungsgenossen an die brutale Gewalt geweckt worden sind. Der Januaraufstand, der Märzaufstand, Taten, wie die Ermordung Neurings oder der Münchener Geiseln haben auf diesen Minderwertigen eingewirkt. Die für ihn alltägliche Beobachtung, daß die Kommunisten und linken Unabhängigen sich bewaffneten und mit den Waffen auf die Straße gingen, haben sein krankes Hirn auf den Weg der Gewalttätigkeit gelockt.

So sehr die Ermordung Haases von der U. S. P. in erster Reihe beklagt werden muß, können die Unabhängigen nicht leugnen und verdecken, daß ihr Führer letzten Endes das Opfer der Gewalttaktik des eigenen linken Parteiflügels geworden ist, einer Gewalttaktik, die Haase freilich stets bekämpft hat, die aus der U. S. P. zu entfernen er aber nicht stark genug war und die ihm selber schließlich das Leben kostete.

Wer im Glashause sitzt.

Der „Vorwärts" schreibt: Mit einem gewaltigen Aufwand von Entrüstung hat sich die „Freiheit" und die U. S. P. gegen die Ansicht der Metallindustriellen, Arbeiter aus politischen Gründen zu maßregeln, gewandt. Und mit Recht. Eine solche Maßregel ist unter allen Umständen aufs schärfste zu verurteilen. Daß aber ausgerechnet die U. S. P. es ist, die in solchen Fällen immer wieder in gut gespielte moralische Entrüstung ausbricht, ist mehr als verwunderlich; werden doch Arbeiter anderer politischer Richtung von ihren Anhängern in der brutalsten Weise gemaßregelt, wie folgender Vorgang beweist:

Auf den Banten, die von der Firma Coekling für die gemeinnützige Baugenossenschaft in Johannisthal ausgeführt werden, war der Maurer C., ein Familienvater von 4 Kindern, der schon seit langen Jahren in der S. P. D. und dem Bauarbeiterverband organisiert ist, beschäftigt. Er ist ein Parteigenosse, der stets in gewerkschaftlichem und politischem Kampfe auch schon zu einer Zeit in den vordersten Reihen gekämpft hat, wo das Eintreten für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter noch nicht so ungefährlich war wie heute. Als am Mittwoch, den 5. November 1919, nachmittags, ein Trupp der Reichswehr vorübermarschierte, machte ihn ein Kollege mit den Worten: „Siehst Du, da kommen sie" darauf aufmerksam. Darauf gab ihm C. folgende Antwort: „Wenn diese nicht wären, würden wir vielleicht beide nicht hier arbeiten und ebensowenig wäre vielleicht an den Wiederaufbau unserer Wirtschaft zu denken." Diese Aeußerung wurde von einigen anderen gehört, was dazu führte, daß ein Teil der der U. S. P. angehörenden Arbeiter deswegen die Entlassung des Genossen C. verlangte und leider auch beim Unternehmer durchsetzte. Die Ortsverwaltung des Bauarbeiterverbandes verurteilte die Maßregelung des

Du und ich.

Von Max Seydewitz.

Ich war noch recht jung — da warst du meine Liebste.
Du warst die Erste nicht, bist aber auch die Letzte nicht gewesen. Aber die Einzige, die Richtige warst du doch. So glaubte ich wenigstens, so glaube ich immer noch und will es immer glauben.

Du warst etwas älter wie ich; verständiger, klüger — und hast trotzdem an mich geglaubt. Hast mir so viel zugetraut, hast viel von mir erwartet und grübelst vielleicht heute noch darüber nach, warum ich deine Hoffnungen nicht erfüllet habe.

Ich könnte es dir heute vielleicht sagen, aber ich mag nicht; es würde dir nur schmerzen. Ich müßte dir meine ganze Kläglichkeit und Erbärmlichkeit offenbaren und viel von deinem Glauben an das Gute würdest du verlieren.

Das würde dir wehe tun; dir, nur dir —, denn ich empfinde diesen dumpfen Schmerz ohne Erinnerung alltäglich.

Dir aber will ich nimmer wehe tun. Mir ist es bitter leid, daß ich dir damals harte Wunden in die reine Seele schlug.

Ich war ganz schlecht. Ich wollte mir's zwar nicht gestehen und jagte lange zu mir selber, daß nur mein Leichtsinn über dich hinweggeschritten ist.

So war es aber nicht. Auch nicht, weil du mir's so zugute hieltest.

Ich muß mich trotzdem heute nackt vor deine Augen stellen und muß dir zeigen, was für ein kleiner, halber Mensch, ein ganz und gar unfertig Menschelein ich bin.

Du glaubst es nicht? O glaub es nur!

Ich glaub von dir auch heute nichts als Gutes. Daß mir den Glauben, er tut mir wohl.

Du warst vielleicht nicht größer als wie ich. Ich mags nicht prüfen, weil ich glauben will, daß du mich überragst.

Ich brauche diesen Glauben.

Und dann: Ein Weib steht noch in jedem Fall um vieles höher als der Mann.

Wir wollen heut nicht rechten. Und wenn auch du ganz sacht und weh gestimmet bist, so rede nichts von deinen Fehlern, laß mich nur reden. Laß mich mit meiner harten Hand Vergangenheit vor deine Augen führen — — —

•

Weißt du es noch, wie wir zwei uns zum ersten Mal gesehen?

Ich war von deinem Wesen gleich erfüllt und deine sachte Stärke, deine starke Sachtheit schlug kräftig Wurzel mir in meine schwanke Seele —

Doch das war ganz gewiß nur unbewußt — sonst hätte anders ich zu dir gesprochen. —

Wohl stand ich stumm vor deiner Reinheit und wagte nicht, mit irgendwelchem Schmutz nach dir zu werfen.

Das aber war die erste und die letzte Tat.

Du hast viel Gutes in mir ausgelöst; daß es nicht blühen, wachsen konnte, war ganz gewiß nicht deine Schuld — — —

•

Weißt du es noch, wie wir zum Tanze gingen?

Ich wollte Freude dir bereiten, und führte dich zum Tanze, trotzdem es in der Seele mir zuwider war.

Du wolltest Freude mir bereiten und plagtest dich um meinetwillen, trotzdem des Tanzens du unkundig warst. —

— Wir haben beide arg an uns vorbeigesehn — —!

•

Weißt du es noch, als wir im großen Garten mit stummer Andacht dem Konzert gelauscht?

Es war in einer warmen Sommernacht; der Regen tröpfle sacht durch dichte Zweige.

Wir beide saßen still und lauschten nur.

Ich suchte deine dunklen, weichen Augen und fand sie nicht. Der Seidenschleier deiner Wimpern verbarg sie mir.

Und als der Musik letzter Ton verklungen, der Letzte Gast und Geigersmann schon längst gegangen war, da saßen wir noch still und sprachen immer noch kein Wort.

Da endlich hobst du sacht dein Haupt und sahst mir voll in meine Augen. Ich griff nach deinen Händen und aus mir schrie es hart und doch so wunderweich: Ich liebe dich!

Du drücktest warm die ungelenken Hände mir.

Dann gingen wir.

Gesenkten Hauptes schritten wir von dannen; ich dachte nur an dich, du nur an mich. Kein Wort war auf dem Heimweg mehr gesprochen, nicht einmal deine Hand hab ich berührt.

Und doch waren wir beide ach so voll, so froh — —

Ich habe oft an dir vorbeigesehen, doch hier hab ich dir grad ins Herz hineingeschaut. — — —

•

Weißt du es noch, als wir am goldig-warmen Sommer-Sonntag weit übers Land gewandert sind? Wie wir im Tempel der Natur hoch-heilig Gottesdienst hielten? Wie wir am Abend trotz der Müdigkeit nicht mit der Eisenbahn nach Hause fahren wollten?

Eng aneinander schritten wir durch dunkle Nacht. — Den stundenweiten Weg so ganz allein.

Der Mond schien nicht und nur die Sternlein spendeten ihr Licht.

Wir sprachen viel von Zukunft und von Glück und unsere Herzen schlugen aneinander.

Trotzdem wir viel gewandert, waren wir nimmermüde — doch ruhten wir in saftgrem Wiesengrund und schauten zu den Sternen hoch, die unser Glück so feierlich trotz beschauten. —

Betrunkner Menschen Sang aus weiter Ferne tönte uns empor und mahnte uns, daß wir zu dieser Welt gehörten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191112-11/fragment/page=0002

penossen C. aus politischen Gründen ebenfalls und versuchte, seine Wiedereinstellung durchzusetzen, aber vergeblich. Von C. wurde hierbei verlangt, daß er seine Kenderung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehmen sollte; das lehnte dieser natürlich ab mit dem Bemerken, daß er kein politischer Hauswurst sei.

Wenn also in Zukunft die U. S. P. und mit ihr die „Freiheit" wieder in ihrer bekannten Art über Maßregelungen politisch mißliebiger Arbeiter durch die Unternehmer sich entrüsten, so sollen sie zuerst vor ihrer eigenen Tür kehren und dann das Maul aufreißen. Solange sie selbst dem Unternehmer mit schlechtem Beispiel vorangehen, mögen sie in Zukunft besser den Mund halten.

Erwerbslose zum Schneeschaufeln. Der Arbeitsnachweis der Stadt Berlin konnte im Laufe des heutigen Morgens sämtlichen an ihn gestellten Forderungen um Bereitstellung von Leuten zum Schneeschaufeln nachkommen.

Die „Vossische Zeitung" ist auf drei Tage verboten worden. Grund des Verbots ist ein Artikel, der zum Schaden des Volkswohls die Kriegsgefangenenfrage in verleumderischer Art gegen die Regierung ausnutzt.

Luftverkehr und Luftpost. Die Korrespondenz Hoffmann teilt mit: Der Bayerische Luft-Lloyd wird von Mittwoch, den 12. November ab Luftverbindungen auf folgende Strecken durchführen: München—Nürnberg—Leipzig—Berlin, München—Würzburg—Frankfurt a. M. und München—Wien. Auf den beiden erstgenannten Strecken wird Post- und Personenbeförderung, auf der Strecke München—Wien nur Personenbeförderung sein. Die Fahrten werden mit Groß-Flugzeugen für sechs bis acht Personen ausgeführt.

Ruhrrevier-Verkehrsstreik beendet. Die Straßenbahner des rheinisch-westfälischen Industriegebiets nahmen Montag die Arbeit wieder auf. Nur in Duisburg soll erst in einer heute stattfindenden Versammlung darüber entschieden werden.

In Frankreich streiken die Modewarenhausangestellten. Vor allem in Paris und Bordeaux.

Bolschewiken-Amnestie. Havas. Die Bolschewisten künden die Veröffentlichung eines Dekrets an, welches eine Amnestie für sämtliche politische und kriminelle Gefangene enthält.

Keine Einreiseerlaubnis für Arbeitsuchende in England. Auf eine Anfrage im Unterhause antwortete der Unterstaatssekretär vom Auswärtigen Amt, daß im allgemeinen gemäß den Bestimmungen des Fremdengesetzes denjenigen Personen kein Visum erteilt werde, die in den Vereinigten Königreichen Arbeit suchen möchten.

Immer noch die U-Boote.

Der **parlamentarische Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung** nahm am Dienstag **vormittag die Verhandlungen wieder auf. Der Vorsitzende, Abg. Warmuth,** brachte zu Beginn der Sitzung ein Telegramm des Kieler Abg. Prof. Harms zur Verlesung, in dem dieser gegen die Behauptung des Admirals Koch Einspruch einlegt, daß vor Erklärung des unbeschränkten U-Bootkrieges sein Rat eingeholt sei. **Abgeordneter Warmuth kam dann** auf die wiederholten Behauptungen des Admirals Koch zurück, daß die englische Friedensbereitschaft um die Mitte des Jahres 1917 durch eine Indiskretion, nämlich durch die Bekanntgabe **des geheimen Berichtes des Grafen Czernin,** gestört worden sei. Abgeordneter Warmuth erklärte dazu, daß dies eine rein persönliche Auffassung des Admirals Koch wäre und daß die Richtigkeit dieser Behauptung erst vom Ausschuß nachgeprüft werden solle.

Hierauf nahm zu längeren Bekundungen der frühere Staatssekretär des Reichsmarineamtes von **Capelle** das Wort. Er wandte sich ausführlich gegen die Zeugenaussage des Abg. Dr. **Struve** aus der Freitagsitzung: **Dr. Struve** hat mir zwei schwere Vorwürfe gemacht. Ich soll einmal während meiner Amtszeit nicht genügend U-Boote gebaut und sodann soll ich den Reichstag getäuscht haben. Ich habe mir sofort nach der letzten Sitzung von der Admiralität eine Zusammenstellung über die in Bau gegebenen U-Boote geben lassen. Diese Zusammenstellung umfaßt alle vor und während des Krieges gebauten U-Boote. Danach sind im ganzen 810 U-Boote in Auftrag gegeben worden. Von diesen 810 U-Booten entfallen auf die Zeit vor dem Kriege 45 und auf die Zeit der Amtstätigkeit des Großadmirals von Tirpitz 196 und von mir sind in den zweieinhalb Jahren meiner Amtstätigkeit 379 U-Boote in Auftrag gegeben worden. Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Die von mir in Auftrag gegebenen U-Boote verteilen sich auf die einzelnen Jahre wie folgt: In den 9 Monaten meiner Amtstätigkeit des Jahres 1916 sind 90, im Jahre 1917 269 und in den 9 Monaten meiner Amtstätigkeit im Jahre 1918 220 U-Boote in Auftrag gegeben worden. Das Jahr 1916, das von ausschlaggebender Bedeutung war, ist tatsächlich etwas schlecht weggekommen, aber dafür lagen politische Gründe vor.

Capelle: Im Februar 1915 ist bekanntlich der U-Boot-Krieg zum ersten Male erklärt worden. Dann war er im Laufe des Jahres unter Einwirkung des Notenwechsels versandet. Im Herbst 1915 erließ der Admiralstab einen Geheimbefehl, daß der U-Boot-Wirtschaftskrieg an der Westküste Englands zunächst ganz eingestellt werden sollte. In der Nordsee sollte der U-Boot-Handelskrieg nach der Prisenordnung weitergeführt werden. Anfang 1916 erfolgte der starke Vorstoß der damaligen Obersten Heeresleitung (Falkenhayn) und der Seekriegsleitung (Holzendorff), um die Wiederaufnahme des U-Boot-Krieges durchzusetzen. Die Verhandlungen darüber kamen in einem gemeinschaftlichen Vortrag der Kriegsleitung mit der Obersten Heeresleitung am 4. März 1916 beim Kaiser zur Entscheidung. Die Entscheidung fiel im wesentlichen dahin aus, daß der rücksichtslose U-Boot-Krieg vertagt werden sollten. Im Anschluß daran nahm Tirpitz seinen Abschied.

Am 15. März erfolgte meine Ernennung zum Staatssekretär. Die Vertagung des U-Boot-Krieges und der Abschied Tirpitz' haben im deutschen Volke große Aufregung hervorgerufen. Diese Erregung fand ihren Niederschlag in einer Resolution, die von sämtlichen politischen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten eingebracht wurde und die sich mehr oder minder zu Ungunsten des U-Boot-Krieges aussprach. (Widerspruch.) Diese Resolution wurde dem Hauptausschuß des Reichstages überwiesen. Der einheitliche Beschluß des Reichstages bedeutete eine einheitliche Ablehnung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges.

Vors. **Warmuth** unterbricht den Redner und erklärt, er solle doch hier nur die technische Frage des U-Boot-Krieges hervorheben.

Staatssekretär v. **Capelle:** Die technische Frage hängt zusammen mit der politischen, so eng zusammen, daß ich diese nicht übergehen kann. Ich wiederhole, daß ich angesichts der politischen Lage im Jahre 1916

ein großzügiges U-Boot-Programm nicht durchführen konnte. Da möchte ich mit einer Legende aufräumen, daß der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und die Oberste Heeresleitung mich immer drängten, mehr U-Boote bauen zu lassen. Das war nicht der Fall. Allerdings hatte der Abg. Dr. Struve an den Reichskanzler eine Denkschrift gerichtet, worin er behauptete, ich hätte nicht genügend U-Boote bauen lassen. Der Reichskanzler hat die Denkschrift nicht an mich gelangen lassen. Ich schloß daraus, daß er es nicht für nötig hielt, mich einzuweihen. Dagegen hat er mich angerufen und mir mitgeteilt, die Abgg. Fischbeck und Wiemer seien bei ihm gewesen und hätten erklärt, ich liefe nicht genügend U-Boote bauen. Ich eilte zu Herrn v. Bethmann Hollweg und legte dar, wie unbegründet diese Behauptung sei. Darauf erklärte der Reichskanzler, er sei vollkommen beruhigt. Auch an die Oberste Heeresleitung sind Mahnungen Gottes nicht gelangt. Herr Ludendorff hat aber erklärt, es herrsche bezüglich des U-Bootes vollkommene Uebereinstimmung.

Vors. **Warmuth:** Sie erklärten, daß die Denkschrift Struve und Gothein nicht an Sie gelangt sei. Vielleicht äußert sich Herr v. **Bethmann Hollweg** hierzu?

v. **Bethmann Hollweg:** Das kann ich nur an der Hand der Akten tun. Ich kann, ohne in diese Einblick zu tun, nur sagen, daß ich den Eindruck habe, daß der Staatssekretär v. Capelle den U-Boot-Bau genügend gefördert habe.

Hierauf kommt Dr. **Struve** zu Wort. Er erklärt, ausführlich auf seine Stellung eingehen zu wollen, die er im Hauptausschuß des Reichstages zu diesen Dingen nahm. Es wird ihm aber vom Vors. **Warmuth** bedeutet, daß **dieser Ausführungen zu enthalten.** Die ganze Angelegenheit des U-Boot-Krieges stehe eigentlich nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Aufgaben des Untersuchungsausschusses.

Kapitän **Bartenbach** und Kapitän **Brüninghaus** treten darauf Dr. Struve sehr scharf entgegen und beweisen, daß der größte Teil seiner Ausführungen falsch ist. Kapitän Brüninghaus stellt fest, daß vor allem die Mitteilung Dr. Struves, der Redner habe seinerzeit die Kommission falsch unterrichtet, eine Unterstellung gewesen sei, die in keiner Beziehung zutreffe. Kapitän Bartenbach hob hervor, daß der Vorschlag, den Dr. Struve seinerzeit der Marineleitung machte, ihr schon längst von Fachleuten unterbreitet worden sei.

Dr. **Struve** weist hierauf dem Kapitän nach dem Tirpitzbuch nach, daß er im Jahre 1918 erklärt habe, die U-Boot-Tätigkeit sei von vielen viel schärfer beurteilt worden, als von Dr. Struve.

Vors. **Warmuth:** Für den Ausschuß ist nun die **U-Boot-Frage nach der technischen Seite hin erledigt.**

Es folgen **persönliche** Bemerkungen, in denen es zu einem starken Zusammenstoß zwischen Dr. Struve und Kapitän Brüninghaus kommt.

Kapitän Brüninghaus erklärte, er habe festgestellt, daß die Informationen, die Dr. Struve während des Krieges bekommen habe, die **allergeheimsten Geheimnisse der Marine betreffen** und nur von Leuten überbracht werden konnten, die **Landesverräter** gewesen seien.

Nachdem noch Dr. Struve erklärt hatte, er hätte sein Material von beiseiten **Patrioten** erhalten, wird die Sitzung auf Mittwoch 10 Uhr vertagt. Morgen soll Dr. **Helfferich** vernommen werden.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 11. Nov. Am Ministertisch: Fischbeck.

Abg. **Heller** (Soz.) stellt in einer kleinen Anfrage über die ostpreußische Kartoffelernte fest, daß die Zurückziehung polnischer Arbeiter und Arbeiterinnen gefährdet ist. Ferner seien deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, die wegen der Kartoffelernte nach dem Osten geschickt worden seien, wegen der dortigen unerträglichen Arbeitsbedingungen wieder zurückgekommen. Endlich rügt der Fragesteller, daß die Landwirte in vielen Bezirken Speisekartoffeln an die Aufkäufer als Saatkartoffeln abgeben, wegen des damit verbundenen Mehrverdienstes.

Die **Regierung** läßt dazu erklären, daß ihr von der Zurückziehung polnischer Arbeiter nichts bekannt sei (Widerspruch), daß deutsche Arbeitskräfte allerdings heimgekehrt seien, weil die städtischen Arbeitsnachweise nicht die richtige Auswahl treffen. (Erneuter Widerspruch.) Gegen die Speisekartoffelverschiebung wird das Reichswirtschaftsamt in Kürze mit scharfen Maßnahmen einschreiten.

Nach Beantwortung kleiner Anfragen wird die

zweite Beratung des Berghaushalts

fortgesetzt.

Abg. **Ludwig** (U. S.): Wenn die Regierung für die Bergarbeiter solche Aufwendungen gemacht hätte, wie für die Reichswehr und die Truppen im Baltikum, dann hätte der jetzigen Kohlennot betzeiten gesteuert werden können. Die Unternehmer haben alle Verhandlungen mit den Arbeiterführern verweigert und die Lohnbedingungen einfach diktieren wollen. Soll der Bergarbeiterstand den erforderlichen Zuzug erhalten, dann muß für seine Aufbesserung noch viel geschehen.

Abg. **Tegeder** (D. Vpt.): Es fehlt uns an einer einheitlichen starken Regierung. Der Geist der Revolution hat die Hauptschuld an der mangelhaften Kohlenförderung. Wenn wir jetzt zu sozialisieren anfangen, so wäre

der vollständige wirtschaftliche Zusammenbruch

bald da. Das einzige Mittel, aus der Kohlennot herauszukommen, ist, mehr arbeiten. Natürlich müssen die Ueberschichten besonders bezahlt werden. Einer Verstaatlichung der Bergschulen vermögen wir nicht das Wort zu reden.

Abg. **Franz** (Soz.): Die Schuld an den heutigen furchtbaren Zuständen tragen die Unternehmer. Sie haben die Zustände geschaffen, die zur Revolution führen mußten. Im Eisenbahnbetriebe werden vielfach leere Wagen aus Förderungsgeleisen, wo sie dringend gebraucht werden, in Gegenden geleitet, wo keine Verwendung für sie vorliegt.

Oberberghauptmann **Althans** sagt Prüfung der Beschwerden zu.

Abg. Dr. **Frentzel** (Dem.): Es kommt alles darauf an,

unseren Bergbau ertragsfähiger zu machen,

damit er nicht in die Hand der Engländer oder anderer Ausländer fällt. Wie sollen wir den Friedensverpflichtungen nachkommen, wenn wir nicht die notwendigen Kohlen für unsere Industrie haben?

Mittwoch: Dritte Lesung des Provinzialverbandsgesetzes, Steuerveranlagungsgesetz.

Und schnelleren Fußes wie zuvor eilten wir heimwärts.

Wir wollten zu den Menschen kommen, die wir schon fast vergessen. —

An deinem Hause reichten wir zum Abschied uns die Hände. Du faßtest meinen Kopf, sahst tief mir in die Augen. Dann legtest du die Arme weich um meinen Hals und küßtest mich.

„Ich danke dir", so sagtest du herzinnig, „daß du mir wahrhaft liebend Weide mich gemacht." —

Dann schieden wir.

Am andern Tage mußt ich fort. Mußte ich wieder einmal in die Fremde gehen, mußte unter Menschen, die ich nie gekannt und nie gesehen.

Es war ja nicht das erste Mal, es war auch nicht das letzte Mal; so schwer aber ist's niemals mir geworden. —

•

Ich ging und kam zu andern Menschen, die wieder andere Töne zu mir sprachen. Sah Mädchen, die mir innerlich viel ferner, doch äußerlich viel näher standen. —

Du schriebst mir harte Briefe, du mochtest ahnen, daß ich trieb und machtest mir mit klaren Worten Vorwürfe.

Du drohtest mir mit Anderen: das war banal. Das war das einzige Mal, wo ich dich klein gesehen. Es war nicht deine Stimme, die also aus dir sprach. Du wolltest mir nur wehe tun, mit Worten wehe tun. Mit diesen Worten ist dir's nicht gelungen.

Doch deine graden Vorwürfe, die waren es, die mir viel Nöte machten.

Gern wär ich zu dir hingeeilt, hätte mich vor dich hingeworfen und unter Tränen dich gebeten, daß du mir gut, mit mir nur gut sein sollest. —

Das ging nicht — denn viel zu weit warst du von mir entfernt.

So mußt ich schreiben und das tonnt ich nicht. Bei jedem Mal, wenn ich zur Feder griff, sah ich die vorwurfsvollen, tränenfeuchten Augen dein und brachte keine von den Lügen zu Papier, die ich dir schreiben mußte.

Und ehrlich meine Schwächen vor dir eingestehen, dazu war ich zu feig. Ich fürchtete, daß du den Stab dann über mich gebrochen, daß du mich dann verachtet hättest. —

Ein Kleingeist und ein jämmerlicher Feigling bin ich doch gewesen.

Und darum auch schrieb ich nicht mehr. So kamen wir wohl auseinander — — —

•

Viel, sehr viel Jahre sind darüber in das Land gegangen. Ich habe nie ein Wort von dir gehört, hab nie erfahren, was aus dir geworden. — —

Bis dann die Sehnsucht mir nicht Ruh gelassen, mich ohne Rast auf deine Spur gehetzt hat.

Nach langer, langer Mühe hab ich dich gefunden.

Ich bitte dich, verachte mich nicht mehr und was du Schlechtes noch für mich empfindest, laß es zu **Mitleid** werden für den kleinen Menschen.

Denk doch daran, was wir trotzalledem einander Gutes uns gegeben. Wir zehren heute noch davon und werden immer davon zehren.

Wenn wir nun einmal noch nicht ganze Menschen sind, so wollen wir's doch **werden** — — —

•

Du bist mir nicht mehr gram? Du warst mir niemals gram?

So kann ich dir mit freiem Herzen in die Augen schauen — —?

Ich danke dir! —

Ich habe dich so ungefähr gefunden, wie ich wollte. Du hast dir einen Mann genommen, wie ich ein liebes, gutes Weib gefunden habe und beide haben wir ja **Kinder, Kinder** — —

Laß doch die Nöte, laß die Leiden — du hast mit deinem Glauben mir wiederum ein Stückchen weiter vorgeholfen — —

Ach rede nicht von dir — —

Ich will dich in mir so behalten, wie ich dich einst besaß — —

Nein, nein — auch schreiben wollen wir einander nimmer, wir wollen unsern Glauben nicht zu schanden machen. Wir haben doch die **Kinder** — du deine von dem andern Mann, ich meine von dem andern Weib — und diese unsere Kinder soll'n uns alles sein. Wir wollen sie zu **Menschen** machen, die nimmermehr einander schmerzen — —

Dann haben wir uns selbst erfüllt — —

•

Doch nun leb wohl. Wir gehen wieder von einander. Die Träne, die in deinem Auge blinkt, ist keine Schmerzensträne, sie wird bei meinem schweren Werk mir leuchten immerdar. — —

•

Wir werden nie mehr von einander hören und doch werd ich bei dir und du bei mir zu jeder Stunde sein — — —

Stadttheater. Heute, Mittwoch, gelangt Strindbergs Komödie „Kameraden" zur Aufführung. Donnerstag „Das Dorf ohne Glocke". Freitag „Carmen". Sonnabend, abends 7 Uhr, „Don Carlos". Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Rümmelblättchen", abends „Tosca". — Die Aufführungstage für den Pfitzner-Zyklus können nicht so eingehalten werden, wie sie auf den Plakaten, die bereits vor Beginn der Eisenbahnsperre fertiggestellt waren, angekündigt sind. Genaue Angaben der Daten können erst gemacht werden, wenn Herrn Professor Dr. Hans Pfitzner die Möglichkeit zur Reise geboten ist. — Aus Anlaß des 150. Geburtstages Schillers und die Reihe der volkstümlichen Sonntags-Vormittags-Veranstaltungen des Stadttheaters im Gedenkwort am Sonntag, den 16. November mit einer Schillerfeier eröffnet werden. Den einführenden Vortrag hat Dr. Ernst Lewy übernommen. Rezitationen und Gesangsvorträge von Mitgliedern des Stadttheaters werden sich anschließen. Karten zum Einheitspreise von 1 M. an der Kasse des Stadttheaters und am Saaleingang.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191112-11/fragment/page=0003

Walhalla-Operettentheater.
Anfang ½8 Uhr:
Zum letzten Mal:
Der Mikado.
Ab Donnerstag:
Die Faschingsfee.
Optte. v. Em. Kalmann.
Kasse 10-1½ u. 4-6.

Stadttheater
Donnerstag, 13. Nov. 19.
Anfang 7½, Ende 10 Uhr:
Das Dorf ohne Glocke.
Freitag:
Carmen.

Restbestände
in beiden
Hosenträgern
Paar
1.25
Gummi-Hosenträger
sehr preiswert.
Bauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 7, 1 Treppe rechts Ecke Sternstr.

Bio
Gr. Ulrichstr. 57.

Ellen Richter
in dem grossen dramatischen Werk
Das Kloster von Sendomir.
Spannende Tragödie in 5 Akten nach der Novelle von Franz Grillparzer.

Hanni Weisse
in
Die Siebzehnjährigen
Nach dem Schauspiel von Max Dreyer.
ab
Freitag,
den 14. November 1919.
Donnerstag letzter Tag!
Der Tänzer (II. Teil)
Leipzigerstr. 88
Fernruf 1224.

UT

Lo Bergner, Carl Beckersachs
in
Der Erbe von Skialdingsheim
Drama in 1 Vorspiel und 3 Akten.
ab
Freitag,
den 14. November 1919.
Donnerstag letzter Tag!
Pola Negri in **Comtesse Doddy**
Alte Promenade 11a
Fernruf 5738.

Apollo-Theater
Tägl. abends 7½ Uhr:
Die **tanzende Maske.**
Optte. v. R. Benatzky.
Biel . . P. Tirsch a. G.
Ottan . M. Wilkens a. G.
Vorverkauf ist eröffnet.

ZOO.
Donnerstag, 13. Nov. 19, abends 8 Uhr:
II. Gesellschafts-Konzert
ausgeführt v. d. Kapelle des 1. Landesjäger-Regiments. Mitwirkung des Konzertmstr. Max Knoch (Violine).
Leitung: Obermusikmstr. C. Steger.
Eintrittspreise für Nichtabonnenten 1 M.
Zoo- u. Bute-und-Abonnenten hab. freien Zutritt.

Kinder-Kleider- und Paletots, Jaquette, Gardinen, Hemdentuch, Komplette Betten mit Überzügen auch auf Teilzahlung. Frieda Frica Groman, Barfüßerstraße 16.

Der zum 1. November angekündigt gewesene
öffentliche Vortrag
unseres Vorstandsmitgliedes, Oberlehrer **Grobler,**
über
„Zweck, Ziele und Notwendigkeit der Volkshochschule“,
findet nunmehr bestimmt
Donnerstag, den 13. November, abends ½8 Uhr,
im großen Saale des Neumarkt-Schützenhauses, Harz 41, statt.

Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 50 Pf erhoben. Bereits gelöste Karten haben Gültigkeit. Organisierte Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und ehemalige Kriegsgefangene freier Zutritt.

Etwaiger Reinertrag wird zum Besten bedürftiger Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener verwandt.

Sämtliche Kreise der Bevölkerung sind eingeladen.

Reichsbund
der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Halle.
Der Vorstand.

Möbel!
auf
Teilzahlung
Bequeme Zahlungsweise. Sofortige Lieferung.
Paul Sommer,
Halle,
Leipzigerstr. 14, I u. II Et.

Kotillon-Karneval-Artikel,
z. B. Tanzcontroller, unübertragbar, Tanzblumen, Tanzkarten, Eintritts- und Garderobeblocks, Saalpostkart., Scherz-Anstecksachen, Konfetti, Luftschlangen, Mützen sowie viele Ulkartikel. — Neu sind meine zusammengestellte Kotillon-Touren sowie der neue Kavalleristock für Polonaisentouren.
Grösste Auswahl bei billigsten Preisen.
P. LANGE,
Merseburger Str. 168, Nähe Riebeckplatz (neben Apollo-Theater). 9533

Altrenommierte Möbel-Fabrik
C. Hauptmann,
Kleine Ulrichstrasse 36 a und b.
Vornehme u. einfache Wohnungs-Einrichtungen.
Zirka 200 Musterzimmer.

1000 Mark für eine gebrauchte
Schreibmaschine
Off. unt. O. K. 32 hauptpostlagernd Halle a. S.

„Reform“
Vervielfältigungsanstalt, Privatkanzlei, Diktierzimmer,
Typen-Druckerei,
Schillerstr. 2, I
empfiehlt sich zur Erledigung aller einschlägigen Arbeiten.

Ia. engl Zigaretten,
goldgelber Virginia-Tabak, F.-Zigarette für Raucher Wirte, Kantinen, Friseure, Vereine,
100 Stück 28.— Mk.
Prima Uebersee-Rauchtabak, garantiert rein, per Pfd. 21 M.
Versand per Nachnahme.
Franz Fuchsar,
Tabakfabrikate,
Cöln, Ventorstr. 7.

Es sind wieder vorrätig:
Entwurf eines Gesetzes über Betriebsräte.
Buchhandlung der Volksstimme,
Gr. Ulrichstr. 27.

Soeben wieder eingetroffen:
Friedrich Engels
Die Entwicklung des Sozialismus
von der Utopie zur Wissenschaft.
Preis: brosch. Mk. 2,—.
Buchhandlung der Volksstimme.
Bestellungen nehmen alle Austräger entgegen.

Preussischer Beamtenverein Halle a. S.
2. ausserordentl. Hauptversammlung
am **24. November 1919,** abends 8 Uhr im **„Ratskeller“** (Weinzimmer), da die für den 13. Oktober d. Js. einberufene ausserordentliche Hauptversammlung nicht beschlussfähig war.
Tagesordnung:
1. Aenderung der Satzungen (§§ 2, 4, 5, 11).
2. Anregungen. **Der Vorstand.**

Die nächsten Veranstaltungen (musikalische Abende) finden am 22. November und am 17. Dezember d. Js., abends 8 Uhr im „Neumarkt-Schützenhause“ statt. Näheres durch die Zeitung.

Schäfte
in feinster Ausführung fertigt sofort an, geliefertes Material wird billigst verarbeitet
„Bodenleder“
Schuhmacherbedarfsartikel
F. Noah, Leipzigerstr. 16
Ecke Gr. Sandberg.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme“ zu beziehen.

Holzpantoffeln
empfiehlt zu billigsten Preisen
Otto Fricke, Holzpantoffel-Fabr.
Halle (Saale), Kl. Ulrichstraße 9
Wiederverkäufer billigste Berechnung

Reparaturen an Uhren
übernimmt bei solider Ausführung zu normalen Preisen
Kurt Unger, Uhrmacher,
Gr. Steinstraße 85
(gegenüber Bahnhofstraße).

Stellen finden.

Bekanntmachung.
Eltern, deren Söhne Lust haben, das
Bäckerhandwerk
zu erlernen, wird
Lehrstelle
nachgewiesen durch die Lehrstellenvermittlungsstelle der Bäcker-Innung zu Halle a. S. und Umgegend
Glauchaerstrasse 17.
Persönliche Anfrage von 3—5 Uhr oder schriftlich bei dem Unterzeichneten.
I. A.:
Paul Mitschke, Obermeister.

Soeben ist erschienen:
P. Neumann,
Hamburg unter der Regierung des Arbeiter- und Soldatenrats
zum Preise von Mk. 4.40.
Zu beziehen in der
Buchhandlung der Volksstimme,
Gr. Ulrichstraße 27.
Bestellungen nehmen alle Austräger entgegen.

Möbelvertrieb
Romanus Skipka & Co.
Leipzigerstrasse 16 :: Steinweg 20
Wohnungs-Einrichtungen
in allen Preislagen.
Spezialität:
Verkauf nach Zeichnung zur Lieferung direkt ab Fabrik, daher äusserst preiswert.

Pelzwaren
werden sauber fachm., zu mäßigen Preisen neu umgearbeitet.
Lager fertig. Pelzwaren.
Breitestraße 6.

Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags 10 Uhr.

Abonnenten-Sammler
für eingeführte Prachtzeitschrift gegen hohe Provision sofort gesucht
Schmeerstraße 17/19, I.

Gummi
Preisliste gratis
C. KLAPPENBACH
Fachgeschäft u. Versandhaus für sanitäre Artikel
Halle a. S. Gr. Ulrichstr. 41
Fernr. 6545.

Wohnzimmer
hochelegant
Kleiderschränke und Vertikos nußbaumfurniert, blanke Büfetts mit Umbau, Tresmeaux mit Konsolen, tournierter Ausziehtisch, 4 Stühle hochehrlich, verkauft preiswert
Max Jungbluth, Möbelgeschäft,
Albrechtstraße 37.

Nähmaschinen
auf Wunsch Teilzahlung
Reparatur-Werkstätte für Nähmaschinen
Karl Möller, Schmeerstraße 1. Fernruf 6323.

Alle Sorten Felle,
Häute, Tierhaare u. Wolle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz,
Fischerplan 2. Tel. 1178.

Gebrauchte
Flügel u. Pianos
kauft zu höchsten Preisen Verkäufer ist von Lager freier bestellt.
B. Döll,
Große Ulrichstr. 44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191112-11/fragment/page=0004

Kilian-Prozeß.

(Zweiter Tag.)

Zu Beginn der Verhandlung um 9 Uhr erfolgt zwecks die Aufrufung der Zeugen. Nach deren Abfertigung bemängelt der Vorsitzende, daß er, trotzdem er keine Richtigstellungen der Presse-meldungen für wert erachte, er doch gegen verschieden Unwahrheiten des „Volksblattes" Einspruch erheben müsse. Im „Volksblatt" wurde behauptet, daß Frau Kilian keine Dauerlarte erhalten hätte, was im Gegensatz zu den Tatsachen stünde. Ebenso ist dem „Volksblatt" nicht nur ein Platz, sondern vier Plätze zugestanden worden.

Dann fährt der Vorsitzende in der Verhandlung mit dem Angeklagten fort.

Vorsitzender: **Gehörten Sie dem Aktionsausschusse an?**

Angeklagter: Eine bestimmte Formulierung kann ich nicht geben, doch muß ich zugeben, daß ich auf eine gewisse Art und Weise dort hinein beleiteiert bin. An Wirklichkeit aber kann irgend etwas mit dem Aktionsausschuß zu tun gehabt habe.

Der Vorsitzende läßt ein Schriftstück des Aktionsausschusses zeigen, das die Unterschrift Kilians aufweist, welche von dem Angeklagten bestätigt wird. Es folgt jetzt eine längere Ausführung des Angeklagten über die Streiklage Ende Februar. Anfang März, die mit dem Einmarsch der Maerckerschen Truppen und den Plünderungen in den Hauptstraßen der Stadt endeten.

Kilian: Der genannte Streik ist mittelbar auch mein Werk und ich denke gar nicht daran, die Verantwortung dafür abzulehnen. Der Streik ist auf einer Versammlung beschlossen worden und zwar auf der Vertrauensmännersitzung vom 27. Febr. Man war der Ansicht, daß der Streik kurz aber bestimmt sein müßte und daß im übrigen die notwendigen Betriebe wie Gas, Wasser und Elektrizität arbeiten müßten. Es wurde ein Aktionsausschuß gewählt, dem ein Zimmer im Stadthause angewiesen worden ist.

Vorsitzender: **Wer hat das Zimmer im Stadthaus angewiesen und ist das Stadthaus dazu da?**

Kilian: Ich als Vorsitzender des Arbeiterrates hatte die Berechtigung dazu. Am Donnerstag, den 27. Februar, habe ich hinter anderen Rednern auf der Versammlung am Marktplatz gesprochen. Da am kommenden Sonntag die Stadtverordneten-Wahlen stattfanden, war diese Handlung in unserem Sinne notwendig.

Vorsitzender: **Haben Sie bei dieser Rede auch von einer Stürmung der Regierung durch den Streik gesprochen?**

Kilian: Nein. Es handelte sich nur um einen allgemeinen Streik wirtschaftlicher Natur, der durch den Bürgerstreik nur komplizierter wurde. Durch die Schließung der Amtsstuben und Brotmarkenausgabestellen wurde die Menge erregt und es wäre bestimmt zum Sturm auf die Brotausgabestellen gekommen. Eine Abordnung des Arbeiterrates an den Magistrat brinat den Bescheid, daß der Arbeiterrat handeln könne. Dadurch war auch das Fortfüh en der Brotmarkenausgabe auktorisiert.

Vorsitzender: **Standen Sie mit der Stillegung der Eisenbahnen, durch den Telegraphenmechaniker Hennia, in Beziehung.**

Kilian: Ich hatte damit nichts zu tun und möchte gleich darauf hinweisen, daß bei von dem Magistrat aufgeschlossenen Lebensmittelnot durch große, nachgewiesene Vorräte vorläufig nicht bevorstand. Uebrigens war ein Einsprechen in die Sache der Eisenbahner, die die Betriebsräte forderten, nicht Sache des Soldatenrats.

Vorsitzender: **Haben Sie sich die Vorsteher des Lebensmittelamtes gewaltsam vorführen lassen. Haben Sie Herrn Sorger die Schlüssel abnehmen lassen?**

Kilian: **Ich habe Herrn Sorger nur an seine Pflicht erinnert.**

Vorsitzender: **Weshalb haben Sie die Post besetzen lassen?**

Kilian: Zuerst war es keine Besetzung. Und dann handelte es sich um Unterbindung der Falschmeldungen, die z. B. in Berlin verbreitet wurden.

Vorsitzender: **Wann erhielten Sie Kenntnis von dem Einzug Maerckers?**

Kilian: **Ich erhielt die unaufgefordert Mitteilung im Stadthaus** durch Eisenbahner, die von der Ausladung Maerckers in Ammendorf berichteten. Ich gab diese Meldung weiter an den Arbeiterrat.

Vorsitzender: **Welche Beziehungen hatten Sie zum Mitteldeutschen Volksblatt während des Streiks.**

Kilian: Keine.

Vorsitzender: **Wußten Sie, daß in der Charlottenschule vierzig Maschinengewehre waren.**

Kilian: Nein.

Vorsitzender: **Wie verhielten Sie sich zur Stellung des Ultimatums durch den General Maercker?**

Kilian: Die Truppen waren durch den Ton des Ultimatums und der Ueberbringer alle gegen die Regierungstruppen. Die Verhandlungskommission an den General Maercker wurde abschlägig zurückgeschickt mit dem Bescheid, daß die Regierungstruppen allein die Verantwortung trügen. Deshalb beschloß der Soldatenrat die Zurückziehung der Sicherheitswehr.

Vorsitzender: **Wurde den abziehenden Matrosen unter der Hand der Befehl gegeben, sich bewaffnet auf dem Marktplatz einzufinden.**

Kilian: **Davon ist mir nichts bekannt.**

Es folgt eine längere Darlegung Kilians über die Begebenheiten am 1. März, wo der Angeklagte den General Maercker zur Unterredung nicht antrat, wo er die Mißhandlung des Leutnants Schmidt im Stadthaus zu vereiteln suchte und er schließlich mit dem Abscordneten Koenen zum General Maercker im Hotel Stadt Hamburg geführt wurde.

Vorsitzender: **Haben Sie eine Besprechung mit General Maercker gehabt.**

Kilian: Abends in der Post, zusammen mit Koenen. Der General hat am aufklärende Hilfe, die ich bedingt, da Koenen nicht zuständig zu sein vorgab, versprach.

Vorsitzender: **Weshalb haben Sie darauf im Volkspark,** abends, nicht beruhigend, sondern aufhetzend gesprochen.

Der Staatsanwaltschaftsrat richtet an den Angeklagten mehrere Zwischenfragen zur Beziehung des Arbeiterrates zum Aktionsausschuß und wird auf frühere Aussagen des Angeklagten verwiesen.

Vorsitzender: **Erzählen Sie, Angeklagter, etwas über Ihre Berichterstattung im Volkspark.**

Kilian: Es handelte sich in der Hauptsache nur um die Stadtverordnetenwahl. Nur zum Schluß trat ein unbekannter Redner auf, der sich eben gegen die Regierungstruppen schimpfte. Auf meine Veranlassung entzog der Versammlungsleiter Albracht diesem Redner das Wort.

Nach längeren Quer- und Zwischenfragen über die verschwundenen Waffen aus der Brunnenschule kommt man auf das gegen die Regierungstruppen verbreitete Flugblatt.

Kilian: Ich leugne aus, daß er mit der Abfassung und der Herausgabe nichts, wohl aber mit der mildernden Aenderung dieses Flugblattes zu tun habe.

Vorsitzende: Wann erhielten Sie etwas von den in der Nacht vom 2. bis 3. März stattgefundenen Plünderungen.

Kilian: Montag früh durch ein Gericht.

Vorsitzender: **Sie sollen auf dem Riebeckplatz Betreden gegeben haben.**

Kilian: Ich habe nur gesagt, daß man dagegen ankämpfen müsse, daß die Plünderungen der U. S. P. D. angehängt werden. Früher habe ich allerdings gesagt, daß die Kosttruppen heraus müßten und das mit ganz ehrlicher Ueberzeugung.

Vorsitzender: **Hatten Sie Kenntnis von irgendwelchen Plünderungsplan.**

Kilian: Nein. Im Gegenteil trat ich für den Detektiven des Arbeiterrates ein, um Plünderungen zu verhüten.

Nach einigen prinzipiellen Feststellungen der beiden Verteidiger tritt eine Pause ein. Nach der Pause bringen die Verteidiger Dr. Müller nach der juristischen, Dr. Herzfeld nach der menschlichen Seite, einen Antrag auf Haftentlassung des Angeklagten ein.

Der Gerichtshof lehnt nach Beratung den Antrag ab.

Es folgt nun die Vernehmung der Zeugen, wobei die früheren Soldatenratsmitglieder Gröne und Bellicke Aussagen über die Zusammensetzung, Funktion und sonstige Eigenschaften der militärischen Korporationen geben; der Zeuge Fischer speziell über die Zustände in der Matrosenkompagnie. Um 2 Uhr wird die Situung auf den nächsten Tag verschoben.

Halle und Saalkreis.

Halle, 12. November 1919.

* **Achtung! 16. Distrikt.** (Paulskirchenviertel.) Unsere nächste Zusammenkunft findet am Sonnabend, den 15. November 1919, abends 8 Uhr im „Schloß Rheinsberg", Yorckstr. 9, statt. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Ein verzweifelter Schritt des Magistrats zur Abstellung der Kartoffelnot.

Vom Magistrat geht uns folgender Aufruf zu:

Die schlechte Kartoffelernte in der Provinz Sachsen, die Weigerung einzelner Landwirte, zu den festgesetzten Höchstpreisen zu verkaufen, der Mangel an rollendem Material für den Transport und zuletzt noch das so früh eingetretene Schnee- und Frostwetter hat es dem Magistrat der Stadt Halle trotz seiner unausgesetzten und energischen Bemühungen unmöglich gemacht, die nötigen Mengen Kartoffeln für diejenigen Haushalte, die mit Kartoffeln nicht versorgt sind, rechtzeitig heranzuschaffen. Die gleiche Notlage herrscht in allen anderen Großstädten. Zu ihrer Abwendung muß jedes nur irgend mögliche Mittel angewendet werden. In erster Linie muß als Richtschnur für die öffentliche Versorgung der Grundsatz aufgestellt werden, **daß die gegenwärtigen Wintervorräte der Stadt ausschließlich denen zukommen müssen, die keine Kartoffeln in den Kellern haben. Kein Haushalt, der einen Kartoffelvorrat besitzt, darf die öffentliche Versorgung in Anspruch nehmen! Wer jetzt noch Kartoffeln auf Marken kauft, obwohl er Kartoffeln im Keller hat, verfündigt sich schwer an seinen Mitbürgern und macht sich mitschuldig an der schweren Not derer, die sich nicht versorgen konnten.**

Es wird deshalb angeordnet, daß alle Haushalte, welche **irgendwelche Kartoffelvorräte besitzen,** ihre Kartoffelmarken aber noch nicht abgeliefert haben, die **Kartoffelmarken bis spätestens 15. November** im Stadternährungsamt, erster Stock, Saal links, **unverzüglich abzugeben haben.**

Dieser Ulk betrifft sind **auch diejenigen Haushalte unterworfen,** welche ihre Kartoffeln auf **unrechtmäßige Weise** bezogen haben, **also auch diejenigen,** die sich **Kartoffeln ohne Bezugsschein verschafft** haben. Erfüllen sie restlos diese Pflicht, so sollen ihnen ihre Kartoffelvorräte belassen und lediglich auf ihren Bedarf angerechnet werden.

Diejenigen Haushalte ferner, welche mehr Kartoffeln im Besitz haben als ihnen zustehen, welche also über die Menge hinaus, welche sie auf Bezugsschein erhalten haben, Kartoffeln besitzen, werden aufgefordert, diese Mengen an die **Zentralschule** abzuliefern.

Eine große Anzahl von **Kommissionen** wird **Nachprüfungen** in den Keller- und Vorratsräumen und in den Gärten der Haushalte vornehmen. **Sollten hierbei in Haushalten, die Kartoffelmarken besitzen, Vorräte gefunden werden, so werden diese ohne Entschädigung beschlagnahmt werden,** auch wird dann gegen diese Haushalte die **Strafverfolgung eingeleitet werden.**

Bürger von Halle! Unterstützt den Magistrat in seinen Bestrebungen, die nicht mit Kartoffeln versorgte Bevölkerung vor Hunger zu schützen! Helft darum alle dazu, daß diese Anordnungen ausnahmslos und genau befolgt werden! Nur so ist es zu vermeiden, daß alle, auch die rechtmäßig bezogenen Vorräte den Haushalten wieder entzogen und der allgemeinen Versorgung zugeführt werden.

*

Wir hoffen, daß der Magistrat nun auch in dem von ihm angedeuteten Sinne scharf und energisch durchgreifen wird, denn es ist eine nicht mehr als eine billige Forderung, daß die im Ueberfluß lebenden Mitbürger unrechtmäßiges Gut an ihre notleidenden Volksgenossen abführen. Wenn der gesamte mittlere Verwaltungsapparat des Staates (Kreis- und Provinzialverwaltung) seinen reaktionären Anstrich nach und nach verlieren wird, werden derartige Uebelstände nicht mehr so früh in die Erscheinung treten, denn hier muß überall schon von den Kreisverwaltungen den widerspenstigen Agrariern ganz gehörig die Suppe versalzen werden. Deren volks- und staatsfeindliches Gebahren schreit zum Himmel.

Die städtischen Angestellten fordern eine Wirtschaftsbeihilfe.

Schon seit Wochen führen die städt. Arbeiter, Angestellten und Hilfsbüroarbeiter einen Kampf für die Bewilligung einer Wirtschaftsbeihilfe, die ihren staatlich angestellten Kollegen schon längst gegeben wurde. Eine schon früher gefaßte Resolution, die dem Magistrat überreicht wurde, hat natürlich bis heute noch keine Wirkung gezeigt. Um nun energisch hinter diese Forderung zu treten, fand am Montag abend im Volkspark eine sehr stark besuchte Versammlung der in Frage kommenden Arbeiter- und Angestelltenkateno ien statt. Gen. Stöhr vom Zentralverband der Angestellten führte in seinem Referat aus, daß die wirtschaftliche Lage der Angestellten es dringend erfordere, daß hier bald und großzügig eingegriffen wird und der Magistrat sich der Notwendigkeit dieser Forderung nicht verschließen könne. Die Hand- und Kopfarbeiter müßten sich solidarisch erklären und sich mit aller Macht für diese Forderungen einsetzen. Die Gen. Dürrfeld und Müller erkannten die Forderung voll und ganz an und erklärten, in der Stadtverordnetensitzung dafür eintreten zu wollen. (Wie aus unserem gestrigen Stadtverordnetensitzungsbericht ersichtlich ist, stellten unsere Genossen dort einen demsprechenden Dringlichkeitsantrag). Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 10. November im überfüllten großen Saale des Volksparks versammelten städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen, ständige männliche und weibliche Angestellte, Bürohilfsarbeiter und Bürohilfsarbeiterinnen, sowie andere städtische Hilfskräfte nehmen mit Entrüstung davon Kenntnis, daß seitens der Stadtverwaltung noch immer keine bündige Antwort auf die Forderung, Nachzahlung der Wirtschaftsbeihilfe, abgegeben worden ist. Die Versammelten verlangen, daß die Vorlage der Wirtschaftsbeihilfe spätestens Donnerstag, den 13. November, dem Ausschuß und Montag, den 17. November, im Plenum der Stadtverordnetenversammlung vorliegt. Die Versammlung erklärt, daß sie eine weitere Verschleppung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln, in unbedingter Solidarität, verhindern werden. Die Höhe der Forderungen beträgt für Verheiratete 1000 Mark, für Ledige 600 Mk. und für jedes Kind 300 Mk. Der Sitzung der Ledige 600 Mk. und für jedes Kind 300 Mk. Der Sitzung der Zahlung soll der 1. Mai sein, doch sollen Kriegsgefangene, die Beihilfe auch dann erhalten, wenn sie später eingetreten sind."

Daß diese Forderungen nicht nur in Halle erhoben werden, zeigen die durch die Presse gehenden Notizen. So wurden für diesen Zweck in Gotha von den massgebenden Körperschaften 125 000 Mark bewilligt. Desgleichen geschah dies auch erst kürzlich in Naumburg (S.-A.). In diesen Städten erhalten Verheiratete 1000 Mk., Ledige 600 Mk., für jedes Kind weitere 200 Mark.

* **Hennias Revision verworfen.** Der Mechaniker und ehemalige Sekretär des Ortsgruppe Halle des Deutschen Eisenbahnerverbandes Georg Hennia, wurde bekanntlich wegen Beamtennötigung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Er war am 25. Februar d. J. mit einem Trupp Streikender vor das Telegraphenamt gerückt und hatte die Einstellung des Betriebes erzwungen. Seine vor dem Reichsgericht gegen das Urteil erhobene Revision wurde verworfen, so daß er nun die Strafe antreten muß. Von der gegen ihn erhobenen Anklage, der Gewaltanwendung gegen Beamte, wurde er vom Landgericht freigesprochen. Er wollte Anfang Februar den Eisenbahnp ähnden zwingen, aus dem Ausschuß einen Betriebsrat zu machen. Bei einer dieser Verhandlungen rief er dem Präsidenten zu: „Unterschätzen Sie nicht meine Macht, Herr Präsident, hinter mir steht die Masse: mit der setze ich durch, was ich will. Ich brauche nur die Hände hochzuheben, dann laufen mir alle Eisenbahner nach, wie die Hunde." Da der Präsident erklärte, sich durch diese Worte nicht bedroht aefühlt und darin nur maßlose Großmäuligkeit des Herrn Hennia erblickt zu haben, erkannte das Gericht auf Freisprechung. Hiergegen hatte die Staatsanwaltschaft ebenfalls beim Reichsgericht Revision einaelegt, die jedoch auch verworfen wurde.

* **Protestversammlung für Rückkehr unserer Kriegsgefangenen.** Zwölf Monate sind nun bereits nach dem Abschlusse des traurigen Waffenstillstands-Vertrages verflossen, der Friede ist seit einiger Zeit endlich von 3 Großmächten ratifiziert und noch immer nicht hat der Abtransport unserer Kriegsgefangenen aus französischer Kriegsgefangenschaft begonnen. Der Bolksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen und der Bund der deutschen Frauen zur Betreuung der Kriegsgefangenen veranstalten deshalb am nächsten Sonnabend, den 15. November 1919, abends 8 Uhr eine Protestversammlung im Kriegsgefangenen-Heim im Personen-Bahnhofe hier. Eingang von 1/8 Uhr an von der Thielestraße aus. Eintrittskarten sind nicht erforderlich.

* **Reichsbund der Kriegsbeschädigten usw.** Die hiesige Ortsgruppe der Kriegsbeschädigten, Kriegseinlehner und Kriegshinterbliebenen hielt am Freitag abend in dem bis auf den letzten Platz gefüllten großen Saale des Wilsdorfs Gesellschaftshauses ihre ordentliche Mitgliederversammlung für die Kriegsbeschädigten-Abteilung ab. Kamerad Dr. Elkan, der die Versammlung leitete, erstattete nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls von der letzten Mitgliederversammlung Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes in der Zwischenzeit. Er schilderte zunächst die Vorbereitungen des Vorstandes für die von der Ortsgruppe zu Totensonntag abends 1/8 Uhr in dem großen Saale der Thalia-Säle angesetzte allgemeine öffentliche Gedächtnisfeier zu Ehren der in den Kriegsjahren 1914/18 gefallenen Kameraden. Für entsprechende Trauermusik sei der Obermusikmeister Drews mit seinem Orchester gewonnen. Als Gedächtnisredner werde von der Ortsgruppe Kamerad Fiedler, Sekretär der hiesigen Kriegsbeschädigten-Fürsorge, bestimmt. Die Räume müß en natürlich entsprechend mit Trauerdekoration ausgeschmückt werden. Der Vorstand habe sich dieserhalb an den Magistrat wegen einer geringen Beihilfe oder zur Verfügungstellung von Gegenständen aus der Stadtgärtnerei gewandt, wofür sich der Vorstand bereit erklärt habe, den Kriegshinterbliebenen der Stadt zu ermäßigten Preisen die Anteilnahme an der Feier zu ermöglichen. Die Versammlung nahm mit großer Verwunderung und sichtlicher Entrüstung davon Kenntnis, daß der Magistrat das Gesuch wegen schwieriger finanzieller Verhältnisse abgelehnt habe. Kamerad Dr. Elkan berichtete weiter, daß mit dem Magistrat wegen Zuweisung von Kilian Krankheit und Kleidungsstücken zu ermäßigten Preisen an bedürftige Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen Fühlung genommen wäre. Die Behandlung dieses Punktes konnte noch nicht erfolgen. Ferner konnte er der Mitteilung machen, daß sämtlichen dem Vorstande den Geheimrat Dr. Abderhalden und den Herren Prof. Dr. von Drigalski und dem Stadtschulrat Dr. Peters vom Gesundheitsamt Besprechungen stattgefunden hätten wegen der Beteiligung von Kriegerwaisen oder der Kinder von bedürftigen Kriegshinterbliebenen oder Kriegsbeschädigten bei der Unterbringung tuberkulöser oder erholungsbedürftiger Kinder in der Schweiz, Dänemark oder Holland. Der Vorstand würde von jedem Transport rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werden, um eine genügende Anzahl Kriegerwaisen zu dem jedesmaligen Transport mitschicken lassen zu können. Hierbei machte Dr. Elkan den Versammlungsteilnehmern Mitteilung von einer Aeußerung des Geheimrat Dr. Abderhalden, die nach dessen eigenem Wunsch für die große Oeffentlichkeit bestimmt sein soll. Geheimrat Dr. Abderhalden erwähnte bei der Besprechung mit großer Entrüstung, daß sich selbst die Schweiz durch ihre Gesandschaft darüber aufgehalten habe, daß bei den jedesmaligen Transporten der Kinder viel zu viel unnötige Begleitpersonen aus den besseren Kreisen der deutschen Bevölkerung mitgeschickt würden. Es wäre geradezu unverantwortlich, wie sehr mit den Mitteln der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen in dieser Beziehung gewüstet würde. Von den lediglich für die Kriegsopfer auch von den ärmeren Schichten der Bevölkerung zusammengesparten Geldern, machten sich so und so viele Haustöchter von Kommerzienräten und Stadträten usw. auf diese Weise eine gute Sommerfrische in der Schweiz. Ja sogar hätte er Unterlagen, daß diese Dämchen selbst im Winter auf Kosten dieser Nationalstiftung in der Schweiz bleiben wollen, um die Unterbringungsmöglichkeit der Kinder in der Schweiz für die nächste Zeit „frei zu halten" zu können, in Wahrheit aber, um in der Schweiz Wintersport treiben zu können. Die Versammlung gab dem Vorstand die Ermächtigung, diese Zustände der breiten Oeffentlichkeit zur eigenen Beurteilung preiszugeben. Zum Schluß der Versammlung wies Dr. Elkan auf Grund einer telephonischen Besprechung mit Herrn Postdirektor Schmidt darauf hin, daß die Anträge auf Hausbestellung der Renten rechtzeitig bei dem Postamt 1 spätestens bis zum 20. d. M. eingereicht werden müßten, wenn der betreffende Rentenempfänger seine Rente noch den betr. Monat in das Haus bestellt haben wollte. Bei den Anträgen wäre es praktisch, die Stammkartenn Nummer zu vermerken, daß hierdurch die Erledigung bei der Post schneller vor sich gehen könnte. Mit Rücksicht auf die reichliche Tagesordnung konnte der Vorsitzende die Versammlung erst bei Eintritt der Polizeistunde mit der Mahnung zu reger Teilnahme an den Versammlungen und Werbung für neue Mitglieder schließen. Die nächste Versammlung für die Hinterbliebenen-Abteilung findet am Freitag, den 14. November und die für die Kriegsbeschädigten-Abteilung am Freitag, den 21. November statt.

* **Bund der Auslandsdeutschen.** Man schreibt uns: Noch immer leben in Halle und Umgebung zurückgekehrte Auslandsdeutsche, die aus Unkenntnis oder sonstwie, der hiesigen Ortsgruppe des Bundes noch nicht beigetreten sind. Die Regelung der Entschädigungsfrage bevorsteht und die Angaben zu dieser Angelegenheit beim Bunde gemacht werden müssen, so ist es im Interesse der noch fernstehenden Auslandsdeutschen, sich so bald als möglich bei der Ortsgruppe — Verastraße 7, I. I. — zu melden. Nähere Aufklärung erteilt dort der Vorsitzende A. Enacks. Die nächste Versammlung der Ortsgruppe findet am Sonntag, den 16. November, morgens 10 Uhr, im „Schulthaiß", Poststr. 5, statt. Sprechstundenzeit: Montag, Mittwoch und Freitag von 10—12 Uhr.

* **Beamten-Hochschulkurse** Karten für die Vorlesungen Nr. 6: Siedelungswesen, Nr. 7: Bankwesen und Bankgeschäfte und Nr. 8: Die Formen und Umwandlungen der Energie sind Donnerstag, den 13. und Freitag, den 14. November in der Geschäftsstelle „Augustinerbräu" in der Zeit von 5—7 Uhr nachmittags zu haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191112-11/fragment/page=0005

* **Nummer für Erdäpfelzuschüsse ab 1. Oktober.** Nach Artikel 3 des Gesetzes vom 15. 10. 1919 (Gesetzsamml. S. 163) zur Ergänzung der Gesetze, betreffend die vorläufige Regelung des Staatshaushaltes für das Rechnungsjahr 1919, vom 1. April und 4. Juni 1919 (Gesetzsamml. S. 59 und 89) tritt zu den gemäß § 3 des vorerwähnten Gesetzes vom 1. April 1919 zu erhebenden Zuschlägen zur Ergänzungssteuer vom 1. Oktober 1919 bis 31. März 1920 ein Zuschlag von 100 Prozent. Die Steuerpflichtigen werden hiervon mit dem Bemerken in Kenntnis gesetzt, daß die Erhebung des Zuschlages gleichzeitig mit der Erhebung der veranlagten Einkommen- und Ergänzungssteuerbeträge erfolgen wird. Die Magistrate und die Herren Gemeindevorsteher des Bezirks werden ersucht, die Staatssteuerrollen für 1919 zur Einzahlung der Zuschläge alsbald beim Staatssteueramt einzureichen.

* **Verband Hallischer Frauenvereine.** Der erste Vortrag von Professor Böhmer über „Weltanschauung und Politik" findet nicht Donnerstag, den 13. November, 6¼ Uhr, sondern Sonnabend, den 15. November, um 5 Uhr im Auditorium maximum der Universität statt. Karten sind außer an den angegebenen Verkaufsstellen auch vor dem Vortrag an der Kasse zu haben.

Aus der Provinz.

Die Lebensmittelversorgung in Anhalt.

Die Regierung von Anhalt, in der unsere Genossen maßgebenden Einfluß ausüben, hat schon verschiedene Male bewiesen, daß sie es versteht, zum Wohle der Bevölkerung, vor allem der arbeitenden Schichten, praktische Arbeit zu leisten. Wir wiesen erst kürzlich auf das großzügig angelegte Siedlungswerk unserer anhaltischen Genossen hin. Ueber die Stellungnahme der anhaltischen Regierung zur wichtigen Lebensmittelfrage erhalten wir folgende Meldungen:

Die vom Reich befürwortete Schnelligkeitsprämie von 2 Mark pro Zentner Kartoffeln wurde vom anhaltischen Landesernährungsamt abgelehnt, um eine weitere Verteuerung der Kartoffeln zu vermeiden. Bis Ende November wird nur die schon früher festgesetzte Schnelligkeitsprämie von 50 Pfg. pro Zentner gewährt. — Der Staatsrat für Anhalt hat, von großen Gesichtspunkten ausgehend, einundeinhalb Millionen Mark zur Förderung der Schweinemast in Anhalt bewilligt. Das Geld soll dazu dienen, Schweinehaltern, die Mastverträge eingehen, einen Zuschuß von 75 Mark pro Schwein zu gewähren, und zwar sollen 50 Mark bei Anschaffung und 25 Mark bei Ablieferung gewährt werden. Der Staat sorgt ebenfalls für Futtermittel für die Schweine. Die Regierung erwartet zuversichtlich, daß in Anhalt am 1. Juli 1920 derart viel Schweinefleisch vorhanden ist, daß eine Schonung der Rinder und damit eine Erhöhung der Milchproduktion erreicht wird, und sie hofft, daß von genanntem Zeitpunkte an Anhalt unabhängig vom ausländischen Fleischbezug sein wird. Anhalt wird der erste deutsche Freistaat sein, der sich mit der Fleischversorgung auf eigene Füße stellt.

Wenn auch das „Volksblatt" immer in der bekannten Manier vom „schwarzen Anhalt" schreibt, weil dort unsere Genossen maßgebend sind, und nicht wie im Staate Reuß die Uzis, so beweisen doch unsere Genossen immer wieder, daß sie imstande sind, der Arbeiterschaft durch praktische Arbeit zu nützen. Aus dem von den Unabhängigen beherrschten Freistaate Reuß haben wir bisher noch nichts Derartiges vernommen. Dort sind alle die versprochenen guten Sachen erst im „Werden".

Bitterfeld. **Sympathiestreik.** Die Arbeiter des Elektrizitätswerkes Zschornewitz beschlossen anläßlich der Verhaftung der Berliner Vollzugsratsmitglieder in den Sympathiestreik einzutreten, und in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend die Kraftzeugung einzustellen. Um das Ersaufen der Gruben zu verhindern, wird nur der Notstandsbetrieb aufrecht erhalten.

Stassfurt. **Der „Zuchthäusler".** Um die völlige Verderbtheit der jetzigen Zustände zu kennzeichnen, eine durch den bürgerlichen Blätterwald die Notiz, in Stassfurt sei ein sozialdemokratischer Arbeiter namens Wiczorowski zum Bürgermeister gemacht worden, der schon im Zuchthaus gesessen habe. Jetzt muß sich die „Deutsche Tageszeitung" zu dem Bekenntnis bequemen, daß Genosse W. von 17 Jahren einem politischen Tendenzprozeß zum Opfer gefallen ist, der lediglich an den Essener Meineidsprozeß erinnert. Ein sozialdemokratischer Versammlungsredner sollte wegen Majestätsbeleidigung verurteilt werden. Zwei Polizisten sagten unter Amtseid gegen ihn aus, U Zivilzeugen, darunter Wicko owski, bekundeten, daß der Redner die entsprechende Aeußerung nicht getan habe. Die Folge war — gegen der Tradition der wilhelminischen Aera —, daß nicht nur der Angeklagte verurteilt, sondern auch noch die Entlastungszeugen wegen Meineids angeklagt und ins Zuchthaus geschickt wurden. Der uniformierte Eid sagte! Ein Fall von Klassenjustiz, wie er offenkundiger nat nicht gedacht werden kann. Und Leute, die solcher Justiz zum Opfer gefallen sind, sollten wir, sollte die Arbeiterschaft deswegen geringer achten? O nein, wir erklären der „Deutschen Tageszeitung" für alle künftigen Fälle mit voller Deutlichkeit: **Die Opfer der gemeinen und bewußt parteilichen Klassenjustiz zur Zeit Wilhelms, die Leute verurteilte, nicht weil sie der Schuld überführt wurden, sondern weil sie politische Gegner waren, sind für das deutsche Volk im höchsten Maße achtbare Ehrenmänner.** Verächtlich sind für uns nur Leute, die aus politischer Voreingenommenheit unschuldige Menschen ins Zuchthaus stecken.

Papitz-Schkeuditz. Revolutionsfeier. Unser hiesiger Ortsverein feierte am Sonntag abend im Gasthof zum Landhaus, Papitz, den Jahrestag der Revolution durch [illegible] sein. Die Mitglieder waren zahlreich erschienen, insbesondere auch die Frauen. Genosse Sanftleben begrüßte als Vorsitzender des Ortsvereins die Anwesenden. Hierauf ergriff Genosse Max Oelsner-Schkeuditz das Wort zu einer kurzen, aber trefflichen und eindrucksvollen Festrede. Er ging zunächst auf die Geschichte, das Wesen und die Bedeutung der Revolution ein, die uns unser höchstes Ziel, den Sozialismus nicht beschert habe. Redner kam dann auf den Bruderzwist innerhalb der Sozialdemokratie zu sprechen und streifte hierbei den Einigungsgedanken. Er forderte besonders die anwesenden Frauen zu fleißiger politischer Betätigung auf und mahnte am Schluß seiner Worte, eifrig für unsere Sache, für Partei und Parteipresse zu agitieren, und so mitzuhelfen an der Verwirklichung des Sozialismus. Die Rede wurde mit reichem Beifall aufgenommen. Der übrige Teil des Abends wurde mit musikalischen Darbietungen — voran die Marseillaise — ausgefüllt. Am Schlusse der Veranstaltung dankte Genosse Hunold-Papitz allen an der Verschönerung des Abends Beteiligten mit herzlichen Worten und sprach die Hoffnung aus, die Mitglieder bei nächster Gelegenheit ebenso zahlreich im Vereinslokal versammelt zu sehen. Schluß der Feier kurz nach 12 Uhr.

Kriminalnachrichten. In Stassfurt ist eine schwere Typhusepidemie ausgebrochen. Von 235 Erkrankungen sind bisher 25 tödlich verlaufen. — Auf dem Bahnhof Schkeuditz wurden zwei Schiebefrauen angehalten, die zwei Zentner Mehl nach Leipzig verschieben wollten. — Vor einigen Tagen ging vor dem Dorfe Trößlitz bei Zeitz ein Meteor nieder. Die mächtige Leuchtkugel sauste mit starkem Getöse zur Erde. — Auf dem Bahndamm zwischen Dürrenberg und Corbetha wurde ein anscheinend lebloses Mädchen aufgefunden. Sie hatte aus Liebeskummer einen Selbstmordversuch unternommen. — In Genthin verletzte sich ein Arbeiter beim Fischen mit Handgranaten so schwer, daß ihm eine zerrissene Hand abgenommen werden mußte. Außerdem erlitt er noch im Gesicht ganz erhebliche Verletzungen.

Aus aller Welt.

Berlin. Festnahme französischer Chauffeure. In der Nacht zum Montag wurden in der Wilhelmstraße in Berlin die beiden Chauffeure des Generals Dupont, Melion und Ferrail, von einer Streife der Sicherheitswehr festgenommen, weil sie in völlig betrunkenem Zustande einen Bankbeamten mit dem Revolver bedroht und eine Dame tätlich angegriffen hatten. Der zuständigen Behörde wurde sofort Meldung gemacht. Die Verhafteten wurden Montag morgen der französischen Botschaft übergeben.

Gewerkschaftliches.

Der Tarifvertrag im Ruhrbergbau.

Während der 18. Oktober 1918 den Ruhrbergleuten die Anerkennung ihrer Berufsorganisation brachte, ist der 25. Oktober 1919 nicht minder bedeutungsvoll geworden, denn an diesem Tage wurde der erste Tarifvertrag für 425 000 Ruhrbergleute abgeschlossen. Die Verhandlungen, deren Ergebnis jetzt vor uns liegt, haben sich sehr langwierig und schwierig gestaltet. Mehr wie einmal schien es, als ob die Verhandlungen scheitern würden. Die zähe Ausdauer der Gewerkschaftsvertreter brachte es jedoch dahin, daß das begonnene Werk zum Abschluß gebracht werden konnte. Der Vertrag ist ein Beweis dafür, daß es im Verkehr mit dem Herrenmenschentum ein für allemal vorbei ist. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse werden jetzt nicht mehr durch einseitiges Diktat des Unternehmer festgesetzt, sondern sind durch diesen Vertrag geregelt. Im Vertrage, der bis zum 31. Dez. 1919 unkündbar ist, ist zunächst die Schichtzeit für den unterirdischen Grubenbetrieb auf Kriegsdauer festgelegt und für die Tagesbetriebe auf acht Stunden festgelegt. Vor Arbeitsbetrieben mit einer Temperatur von mehr als 28 Grad Celsius beträgt die Arbeitszeit vor Ort fünf Stunden und die Schichtzeit sechs Stunden. Das Ueberstundenwesen ist so geregelt, daß diese möglichst auf alle Arbeiter verteilt werden müssen. Werktags werden 25, Sonntags 50 und am 1. Oktober, Pfingst- und Weihnachtstag 100 Proz. Zuschlag gezahlt.

Die Urlaubsfrage ist nach den Vereinbarungen vom Sept. d. J. geregelt. Der Urlaub dauert je nach der Beschäftigungsdauer bei den sechs Tage und wird während dieser Zeit der jeweils verdiente Lohn gewährt. Der Abschnitt über die Löhne bringt zunächst für die im Gedinge (Akkord) beschäftigten Arbeiter infolgen eine Neuerung, indem für die Hauer und Lehrhauer ein Grundlohn von 14 M. und für die Gedingeschlepper von 11 bezw. 12 M. festgesetzt ist. Neben diesem Grundlohn gibt es dann das Gedinge. Dadurch soll erreicht werden, daß die Lohnspannung zwischen dem am höchsten und am niedrigsten entlohnten Arbeiter derselben Lohnklasse abgeschwächt wird. Für die Schichtlöhne unter Tage sind Mindestschichtlöhne und für die über Tage Mindeststundenlöhne vorgesehen. Im allgemeinen bringt der Tarifvertrag den Bergleuten eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 4 M.; dabei ist berücksichtigt, daß die Arbeiter im unterirdischen Grubenbetriebe die höchste Lohnsteigerung bekommen. Die bei der letzten Lohnerhöhung zu wenig bedachten Schichtlöhner erhalten bis zu 6 M. Lohnerhöhung pro Schicht. Diese Erhöhung der Löhne hat rückwirkende Kraft ab 1. Oktober 1919. Da die Löhne zwischen den südlichen Kundzechen und dem eigentlichen Ruhrreier immer 2—3 M. Differenz aufwiesen, so war es auch jetzt nicht möglich, einen einheitlichen Lohn zu erzielen. Auf 12 Zechen dürfen die Löhne bis zu 7½ und auf 16 Zechen bis zu 5 Proz. hinter den Tariflöhnen zurückbleiben. Es steht jedoch zu erwarten, daß durch Verhandlung zwischen Betriebsräten und Zechenverwaltungen hier noch auf einigen Zechen ein Ausgleich herbeigeführt werden kann.

Es ist ferner noch bestimmt, wie die Lohnzahlungstermine fallen sollen. Dann sieht der Vertrag die unentgeltliche Lieferung von Geleucht, Gezähe und etwaiger Reparaturen vor. Der benötigte Sprengstoff muß zum Selbstkostenpreise geliefert werden. Jeder verbleibende Bergmann hat Anspruch auf Lieferung von 120 Zentner Hausbrandkohlen zum Preise von 50 Pfg. pro Zentner. Sollten die Verhandlungen über die Lieferung von Deputatkohlen an die Invaliden und Witwen zu keinem positiven Resultat führen, dann bleibt der bisherige Preis von 25 Pfg. pro Zentner bestehen. In den allgemeinen Bestimmungen ist festgelegt, daß solche Arbeiter, die nebenbei noch andere versicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, zu kündigen und zu entlassen sind. Schwierigkeiten waren vor allem die Verhandlungen über die Organisationsfrage. Die organisierten [illegible] schen, daß die Unorganisierten von den Verbesserungen, die dieser Vertrag den Bergleuten bringt, ausgeschlossen sein sollen. Da dies nicht zu erreichen war, so ist zunächst im Vertrage bestimmt, daß die Vertragsparteien sich verpflichten, die Eintragung in das Tarifregister zu beantragen, damit dadurch die allgemeine Rechtsverbindlichkeit ausgesprochen wird. Die Bestimmungen über die Lohnvereinbarungen sollen jedoch davon ausgenommen sein. Da die Arbeitervertreter dies noch nicht betriebsfähig, so fanden am 30. Oktober in Berlin Verhandlungen unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Schlicke statt. Dort wurde nach langen Verhandlungen folgender Erklärung zugestimmt:

„Der Tarifvertrag vom 25. Oktober 1919 gibt wie alle Tarifverträge Rechtsansprüche nur den Mitgliedern der vertragschließenden Verbände, keinesfalls aber auch Außenstehenden, soweit er nicht für allgemein verbindlich erklärt ist."

Damit ist zweifellos festgestellt, daß die Unorganisierten keinen Rechtsanspruch auf die erhöhten Löhne haben.

Nachdem nun die Verhandlungen zum Abschluß gekommen waren, fand am 1. November 1919 in Bochum eine von über 400 Vertrauensleuten des Bergarbeiterverbandes besuchte Revierkonferenz für das Ruhrrevier statt. Nach eingehender sachlicher Aussprache wurde der Tarifabschluß einstimmig gutgeheißen. Die Konferenz erledigte dann noch einige Organisationsfragen und ging dann mit dem Bewußtsein auseinander, daß zähe und praktische Gewerkschaftsarbeit den Bergarbeitern einen bedeutenden Erfolg gebracht hat.

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten und Lokales: Max Seydewitz; für „Aus der Provinz": K. Garbe, für den Anzeigenteil Wilhelm Hertzig, sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Regelung des Verkehrs mit Petroleum.

Für den Monat November wird Leuchtpetroleum für die Haushaltungen und für Betriebe verschiedener Art nach folgenden Vorschriften abgegeben:

1. Haushaltungen, die weder Gas- noch elektrische Lichtanlage in ihrer Wohnung haben, erhalten gegen Vorlegung einer Bescheinigung ihres Hauswirtes oder seines Stellvertreters und des Lebensmittelscheines in den zuständigen Brotmarken-Ausgabestellen monatlich eine Halbliternarte.

2. Für Untermieter, in deren Wohnräume keine andere Beleuchtungsquelle ist, gilt dasselbe wie zu 1.

3. Berufstätige Personen, welche sich am frühen Morgen bei Dunkelheit zu ihrer Beschäftigung begeben, sogenannte Frühaufsteher, erhalten gegen Vorlegung einer Bescheinigung ihres Arbeitgebers und des Lebensmittelscheines monatlich eine Literkarte.

4. Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter sowie Heimarbeiterinnen, die auf Petroleum angewiesen sind, erhalten gegen Vorlegung eines Berufsausweises und des Lebensmittelscheines wöchentlich eine Literkarte.

5. Gewerbliche Betriebe und Behörden haben ihren notwendigsten Bedarf an Leuchtpetroleum bei der städtischen Petroleumkommission (Stadthaus, Schmeerstr. 1, 3. Stock, Zimmer 35) besonders zu beantragen.

6. Das Gleiche gilt für alle Sonderfälle, wenn es sich um den Bedarf an Leuchtpetroleum bei Kranheiten, Geburten oder um sonstige schwerwiegende Fälle handelt.

Des gemäß den vorziehenden Bestimmungen bewilligte Petroleum ist gegen Abgabe der Marken in den beiden städtischen Petroleumausgabestellen Mühlstr. 9 und Lessingstr. 39, während der Zeit von 8½ bis 12½ Uhr und 3 bis 5½ Uhr, erhältlich. Der Verkauf beginnt am 13. November.

Der Verkaufspreis für ein Liter Petroleum beträgt 2,20 Mk. Besondere Prüfung der Ausweise findet vorbehalten. Zuwiderhandlungen gegen die bestehenden Vorschriften werden gemäß Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 8. 7. 1915 (R. G. Bl. S. 420) mit Geldstrafe bis 1500 Mk. oder Gefängnisstrafe bis 9 Monaten geahndet.

Halle, den 11. November 1919. **Der Magistrat.**

Lebensmittel-Kalender.

250 Gramm Pferdefleisch. In der laufenden Woche werden bei den Pferdefleischhändlern am Donnerstag, für jede Person eines Haushaltes 250 Gramm Pferdefleisch verabfolgt. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 25 001 bis 50 000. Die bereits zum Pferdefleischbezug angemeldeten Personen entnehmen das Fleisch bei dem Pferdefleischhändler, bei dem sie zur Kundenliste angemeldet sind. Die übrigen Haushalte wählen einen Pferdefleischhändler in der Nähe ihrer Wohnung. Die Pferdefleischhändler sind verpflichtet, in den Schaufenstern bekanntzugeben, welche Nummern in den einzelnen Stunden zum Einkauf zugelassen werden. Bei dem Einkauf ist der Warenbezugsschein Nr. 26 vorzulegen. Die Marke 429 ist für jedes verkaufte ½ Pfund Fleisch abzutrennen. Die abgetrennten Marken sind von den Pferdefleischhändlern bis zum 17. November an das Stadternährungsamt in üblicher Weise abzuliefern. Der Kleinhandelsverkaufspreis beträgt pro Mark für ein Pfund Fleisch.

Städtischer Verkauf von Rohpflaster in der Talamtschule am Donnerstag, den 13. November. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 22 001 bis 22 500 nur nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Gegen Vorlage des alten Lebensmittelscheines können für jede Person eines Haushaltes 50 Gramm zum Preise von 55 Pfg. abgegeben werden. Gefäße sind mitzubringen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Donnerstag, den 13. November auf den Abschnitt 16 für die eingetragenen Kunden bei der Milchhändlerin Berger, Wettmannstr. 3a, Milchhändler Eilenberg, Gr. Steinstraße 41, Milchhändlerin Pfeiffer, Volkmannstraße 11, Milchhändlerin Brüggeröttat, Unterberg 7 und in der Verkaufsstelle der Merbitzer Molkerei, Freimfelderstraße 8. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund Quark zum Preise von 70 Pfg abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Sonnabend, den 15. November abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Donnerstag, den 13. November. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 25 001 bis 26 000 nur vormittags von 8 bis 12 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird ⅓ Pfund zum Preise von 50 Pfg. abgegeben, sofern der Verkauf in Spalte 7 des alten Lebensmittelscheines noch nicht eingetragen worden ist. Der alte Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Städtischer Verkauf von Zwieback an Kinder bis zu 12 Jahren (Nachlieferung) in der Talamtschule am Donnerstag, den 13. November. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1 bis 18 000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 18 001 bis 37 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Freitag, den 14. November, die Nummern 37 001 bis 53 000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und 53 001 bis 68 500 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Sonnabend, den 15. November, 68 501 bis 84 500 vormittags von 8 bis 1 Uhr. Auf jeden Abschnitt 8 der besonderen Bezugsscheine für Kinder bis zu 12 Jahren kann ein Paket Zwieback zum Preise von 44 Pfennig abgegeben werden. Es werden nur diejenigen Personen beliefert, welche bei der vorhergehenden Verteilung noch nicht berücksichtigt worden sind. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) ist bereitzuhalten. Mit Sonnabend, den 15. November, verliert der Abschnitt 8 der besonderen Bezugsscheine für Kinder seine Gültigkeit.

Städtischer Verkauf von Kasterseife in der Talamtschule (Nachlieferung) am Donnerstag, den 13. November. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1 bis 18 000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und 18 001 bis 37 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr am Freitag, den 14. November, die Nummern 37 001 bis 53 000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und 53 001 bis 38 500 nachmittags von 2 bis 6 Uhr und am Sonnabend, den 15. November, die Nummern 68 501 bis 84 500 vormittags von 8 bis 1 Uhr. Gegen Vorlage des neuen Lebensmittelscheines kann an Haushalte bis zu drei Personen ein Stück, für je weitere drei Personen eines Haushaltes noch ein Stück Kasterseife zum Preise von 60 Pfg. abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten. Es werden nur diejenigen Haushalte beliefert, welche bei der vorhergehenden Verteilung noch nicht berücksichtigt worden sind. Am Sonnabend, den 15. November, findet die Verteilung ihr Ende.

Halle, den 12. November 1919. **Der Magistrat.**

Amtliche Bekanntmachungen für Weißenfels.

Verlegung der Diensträume des städtischen Ernährungsamtes. Das städtische Ernährungsamt, einschl. des Fleisch- und Fettbüros, befindet sich von Donnerstag, den 13. November, ab im städtischen Grundstück Marienstraße 1a und führt künftig die Bezeichnung „Städtisches Lebensmittelamt".

In den bisherigen Räumen, Klosterstraße 8, werden nach entsprechender Herrichtung derselben, die zusammengelegten Brotmarkenausgabestellen untergebracht, sodaß von Freitag, den 14. November, ab sämtliche, die Lebensmittelversorgung betreffenden An- und Abmeldungen, Marken- und Kartenbezüge, Zuzugen für Kranke usw. zu bewirken bezw. anzufordern sind. Der gesamte Abfertigungsverkehr, ein schl. aller Marken- und Kartenausgaben, wird sich demnach künftig, bis auf wenige Ausnahmen, in der Zentral-Ausgabestelle des städtischen Lebensmittelamtes „Klosterstraße 8", abwickeln.

Weißenfels, den 11. November 1919. **Der Magistrat.**

Nachtrag zur Bekanntmachung über die Lebensmittelverteilung im Stadtkreise.

Der auf Marke 322 zur Verteilung kommende Reis wird zu 43 Pfg. für 100 Gramm abgegeben.

Weißenfels, den 10. November 1919. **Der Magistrat.**

Amtliche Bekanntmachungen für Delitzsch.

Hasenfleisch-Verkauf.

Bei Richard Eisoldt, Kreuzgasse, gelangt auf Abschnitt Nr. 19 der Lebensmittelscheine je ½ Pfund Hasenfleisch zum Verkauf: Mittwoch, den 12. d. M., von früh 8—12 Uhr Nr. 2231—2390, Donnerstag, den 13. d. M., von früh 8—12 Uhr Nr. 2391—2545. Später Abholung nicht gestattet.

Delitzsch, den 10. Nov. 1919. **Der Magistrat.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191112-11/fragment/page=0006